

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 8. Mai 1981

15. Jahrgang

1 DM

Schmidt und Genscher in Schwierigkeiten

Opposition gegen NATO-Beschluß wächst an

Jusos kündigen Aktionen an

BONN. — Im Vorfeld der NATO-Frühjahrstagung, die zu Beginn der Woche in Rom über die Bühne ging, ist es in beiden Koalitionsparteien zu heftigen Auseinandersetzungen über den sogenannten Nachrüstungsbeschluß gekommen. Vor allem in der SPD werden die Kräfte immer stärker, die sich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik wehren.

Der Raketenbeschluß stand auch im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem Parteitag der SPD Baden-Württemberg. Der Landesvorstand hatte eine Beschlusvorlage formuliert, nach der im Frühjahr 1982 stattfindende Bundespartei der SPD aufgefordert wird, die Haltung der Partei zum Raketenbeschluß und die Notwendigkeit seiner Revision zu überprüfen. Obwohl dieser Antrag nicht eindeutig die Aufhebung des „Nachrüstungs“-beschlusses verlangte, stieß er auf heftigen Widerstand bei den beiden Bundesministern Hauff und Offergeld. Die überwältigende Mehrheit des Landesparteitags entschied sich jedoch gegen die Minister für den Antrag. Offergeld wurde nicht mehr in den Landesvorstand gewählt.

Außerordentlich scharf reagierten die Bonner SPD-Führer auf eine Entschließung des Juso-Bundesausschusses, in der zu Aktionen gegen die Stationierung von neuen Atomraketen

aufgerufen und unter anderem festgestellt wird, die Mehrheit der FDP ordne sich der „Supermacht USA“ ebenso bruchlos unter wie die DKP der sowjetischen Supermacht. SPD-Bundesgeschäftsführer Grotz nannte diese Formulierungen „aberwitzig“ und „geschmacklos“. Außerdem verstieg er sich zu der Behauptung, eine von SPD-Mitgliedern betriebene öffentliche Agitation gegen den NATO-Beschluß würde gegen die Traditionen der Arbeiterbewegung verstoßen.

Grotz hat hier offenbar eine ganz andere Tradition vor Augen, die mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 begann und die heute ihren Ausdruck in der hemmungslosen Rüstungspolitik der Schmidt und Apel, in der uneingeschränkten Unterstützung des amerikanischen Kriegskurses durch die Bonner SPD-Regierung findet. Das aber ist die Tradition des Verrats an den Zielen der Arbeiterbewegung, in

der sich die SPD-Führer als Werkzeug imperialistischer Kriegspolitik erwiesen.

Auch die Schimpftiraden und Verdrehungen des Herrn Grotz werden nicht verhindern, daß der Widerstand an der Basis gegen diesen Kurs der SPD-Führung immer stärker wird und sich zunehmend auch in Aktionen an der Seite der Kriegsgegner aus anderen politischen Lagern niederschlägt. Selbst in der FDP regt sich immer sichtbarer ein solcher Widerstand. Ein Zeichen dafür war etwa die Tatsache, daß über hundert Delegierte der Landesparteitage in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am vorletzten Wochenende einen Aufruf der Jungdemokraten gegen die Stationierung der neuen Atomraketen unterzeichneten.

1. Mai 1981

Kämpferische Demonstrationen

Schmidt und Vetter wurden ausgepiffen

Am Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse demonstrierten Zehntausende von Werktätigen in zahlreichen Städten gegen Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Reallohnabbau. Nicht die von der DGB-Führung ausgegebenen sozialpartnerschaftlichen Losungen standen im Mittelpunkt, sondern klassenkämpferische Parolen der Arbeiterschaft und Forderungen der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung.

Auffällig war, daß in vielen kleineren und mittleren Städten die Mai-Demonstrationen in diesem Jahr größer als früher waren. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die klassenkämpferischen und revolutionären Traditionen des 1. Mai heute wieder an Breite und Kraft gewinnen.

Sehr deutlich trat in diesem Jahr überall die Kluft zwischen den Teilnehmern an den Mai-Demonstrationen und den Bonzen und Politikern zutage, die die offiziellen Kundgebungsreden hielten. Meist erhielten die Bonzen kaum Beifall. Oft brachten Demonstranten in Sprechchören und Buhrufen ihren Unmut über die Redner zum Ausdruck.

Die zentrale Mai-Kundgebung des DGB in Duisburg stand im Zeichen heftiger Proteste gegen Bundeskanzler Schmidt, dessen Rede zu weiten Teilen in einem Pfeifkonzert und Buhrufen unterging. Auch bei der Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter kam es zu Unmutsäußerungen eines Teils der Kundgebungsteilnehmer.

Durch vielerlei Initiativen in den Betrieben, in der Gewerkschaft und in Vorbereitungskomitees hatte unsere Partei dazu beigetragen, daß auf den Mai-Demonstrationen die Forderungen und Ziele der Arbeiterbewegung in kämpferischer Weise zum Ausdruck kamen. (Bildbericht auf Seite 4 und 5).



1.-Mai-Demonstration in Kiel.



7,2 Prozent

mehr Lohn, wie ihn die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für ihre Mitglieder im Bankgewerbe fordert, sind wenig genug. Eine bodenlose Unverschämtheit aber ist das Angebot der Kapitalisten: 4 Prozent! Das ist für die HBVler keine Diskussionsgrundlage. Mit einem Warnstreik machten Angestellte der Deutschen Bank in Oberhausen am 28.4. ihrem Unmut Luft und bekundeten ihre Kampfbereitschaft.

Steinkühler zog die Notbremse

IGM-Führung akzeptiert Reallohnabbau

FRANKFURT. — Die IGM-Führung ist der gewerkschaftlichen Kampffront gegen einen Reallohnabbau in den Rücken gefallen. Der Abschluß von Sindelfingen ist zwar höher, als in der Unternehmerstrategie ursprünglich einkalkuliert war, aber die rund 5 Prozent reichen bei weitem nicht aus, um die Inflationsrate auszugleichen.

In letzter Minute konnte der Hauptvorstand der IG Metall mit Unterstützung des Stuttgarter Bezirksleiters Steinkühler verhindern, daß es zum endgültigen Scheitern der Tarifverhandlungen kam. In diesem Falle hätte es einen Lohnstreik gegeben, wie ihn die Bundesrepublik bis jetzt noch nicht erlebt hat. Nicht nur die Metaller wären zu Millionen geschlossen hinter der gewerkschaftlichen Streikfront gestanden. Auch die Arbeiter und Angestellten der anderen DGB-Gewerkschaften hätten diesen Streik als ihren Kampf betrachtet.

In dieser Lohnrunde ging und geht es nicht nur um dieses oder jenes Prozent mehr oder weniger. Hier geht es um eine

Kraftprobe, mit der die Unternehmensverbände die Gewerkschaftsbewegung an der lohnpolitischen Front in eine totale Defensive für die kommenden Jahre drängen wollen.

Das zeigt sich jetzt an der unglaublich provokatorischen Haltung der Metallkapitalisten: Bislang haben sie sich sogar geweigert, den Lohnraubausschluß von Sindelfingen auf die anderen Tarifbezirke zu übertragen, weil er ihnen immer noch zu hoch ist.

Diese Haltung könnte sich Gesamtmetall nicht leisten, wenn die IGM-Führung bereit wäre, die Kampfbereitschaft der Basis konsequent in die Waagschale zu werfen.

Aufruf

Friedensdemonstration in Westberlin

Am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, wird in Westberlin eine Massendemonstration für den Frieden stattfinden, zu der ein großer Kreis von Organisationen — darunter auch unsere Partei — aufgerufen hat.

Treffen am Wittenbergplatz um 16.15 Uhr.

Abmarsch: 16.45 Uhr zum Winterfeldplatz. Dort Kundgebung (es spricht Pastor Albertz). Infomarkt und Friedensfest — Künstler für den Frieden.

Bobby Sands vor dem Tode Bürgerkriegsvorbereitungen in Nordirland

BELFAST. — Am Wochenende wurde bereits ständig mit dem Tod des nordirischen Parlamentsabgeordneten Bobby Sands gerechnet. Weder die breiteste Unterstützung, die er und seine drei IRA-Mitkämpfer für ihren Hungerstreik in Nordirland selbst erhalten, noch die breite internationale Solidarität haben die Londoner Besatzungsmacht bisher zum Nachgeben bewogen.

Die Forderung nach der Anerkennung der IRA-Häftlinge als politische Gefangene, in normalen Augen spätestens seit dem Wahlsieg von Sands (der ja immerhin ein Drittel mehr Stimmen erhielt als die Konservativen) eine selbstverständliche Sache, wird sowohl von der Regierung als auch der Labourpartei abgelehnt.

Stattdessen trifft die Reaktion im ganzen Land die nötigen Vorbereitungen, um die Welle der Empörung im Angesicht des kaltblütigen Mords an Sands im Blut zu ersticken. So wurden die Besatzungskräfte und ihre Hilfstruppen auf 30000 Mann verstärkt und in höchste Alarmbereitschaft gesetzt, und be-

reits seit Wochen wird jede Protestkundgebung gewaltsam unterdrückt. Demonstrationen republikanischer Organisationen werden grundsätzlich mit Waffengewalt angegriffen, während zur gleichen Zeit die als Protestanten getarnten Faschisten der Paisley und Co. in aller Offenheit Vorratslager und Waffenlager anlegen, um an der Seite des britischen Imperialismus gegen den erstarkenden Freiheitskampf Nordirlands zu kämpfen. In dieser Lage muß die internationale Solidarität weiter verstärkt werden:

Für die Erfüllung der Forderungen der IRA-Häftlinge!
Britische Besatzer raus aus Nordirland!

Kommentar der Woche

Mit dem Tarifabschluß von Sindelfingen ist ein Punkt erreicht, an dem eine vorläufige Bilanz der Lohnrunde 1981 gezogen werden muß. Sollte es bei der Marke bleiben, die mit diesem Kompromiß gesetzt worden ist, so würde das bedeuten, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und in Westberlin zum ersten Mal einen deutlichen Abbau der Reallöhne hinnehmen muß. Die gegenwärtige Preissteigerungsrate von offiziell 5,6 Prozent wird am Ende dieses Jahres kaum milder ausfallen. Eher ist zu befürchten, daß sie im Jahresdurchschnitt ihren jetzigen Stand noch übertrifft.

Notbremse in Sindelfingen

Es stellt sich natürlich die Frage: War da nicht mehr drin? Hatten die Gewerkschaften nicht die Macht und die Kraft, einen Abschluß zu erzwingen, der in etwa wenigstens die Sicherung der Reallöhne in diesem Jahr garantiert hätte?

Unserer Ansicht nach wäre auf jeden Fall mehr drin gewesen. Wann hat es das in dieser Republik je gegeben, daß mehrere Millionen Arbeiter für ihre Lohnforderungen so aktiv gekämpft, daß nahezu die gesamte Mitgliedschaft der größten Einzelgewerkschaft mobilisiert und direkt in die Lohnbewegung mit einbezogen war?

Ohne diese beispiellose Breite der Lohnbewegung bei Metall — das muß man klar sehen — hätten die Kollegen noch nicht einmal einen Abschluß von ca. 5 Prozent herausgeholt. So wie sich die Unternehmerverbände das erhofft und gewünscht hatten, ist die Sache nun auch nicht gerade gelaufen. Gewiß, sie haben ihr Hauptziel zunächst erreicht: im wichtigsten Industriezweig konnten sie der mächtigsten Einzelgewerkschaft einen eindeutigen Reallohnabbau diktieren. Aber sie mußten doch größere Zugeständnisse machen, als sie es sich vorgestellt hatten.

Es ging in dieser Tarifaueinandersetzung bei Metall nicht nur um Lohnprozente. Das Großkapital hat die „lohnpolitische Wende“ auf seine Fahnen geschrieben. Das war und ist eine lohnpolitische Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Die beschwörenden Appell der IGM-Bonzen, durch das kompromißlose Vorgehen der Unternehmer sei der „soziale Frieden“ bedroht, stießen auf taube Ohren. Das sozialpartnerschaftliche Vaterunser der Vetter und Loderer steht heute bei den Finanz- und Industriegewaltigen nicht mehr hoch im Kurs.

Das heißt natürlich nicht, daß man in den Konzernzentralen angesichts der in diesem Ausmaß unerwarteten Bewegung an der IGM-Basis nicht nervös geworden wäre. Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß die Loderer und Janßen die Geister nicht mehr los wurden, die sie gerufen hatten.

Ein unbefristeter Streik in dieser Lohnrunde hätte mit Sicherheit ein gewaltiges Kampfpotential an der Gewerkschaftsbasis entfesselt. Dieser Streik wäre aktiv von breiten Schichten der Arbeiter, nicht nur von einem „harten Kern“ aktiver Gewerkschafter, getragen worden. Und es hätte eine gewaltige Solidaritätsbewegung im gesamten DGB und in der Bevölkerung gegeben.

Da mußte ein Steinkühler ran, um den drohenden Flächenbrand zu verhindern. Ob er dafür eines Tages noch das Bundesverdienstkreuz bekommt? Wäre es ihm nicht glücklich, in Sindelfingen doch noch die Notbremse zu ziehen, dann wäre die „magische Fünf“ nicht mehr aktuell gewesen. Dann wäre der Kampf zweifellos um echte Reallohn-sicherung gegangen, um die volle Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen! Die Strategie der „lohnpolitischen Wende“ wäre ernsthaft ins Wanken gekommen.

Der Verlauf dieser Lohnrunde hat sehr deutlich gezeigt, wie notwendig eine starke, schlagkräftige, gut organisierte Opposition in den Gewerkschaften ist. Wir Kommunisten müssen jetzt dieses Problem im Betrieb, in der Gewerkschaft verstärkt in die Diskussion bringen. Die RGO starkmachen! Das ist es, was vor allem not tut. Eine andere Alternative gibt es einfach nicht!

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wahlen in Westberlin

Den Vormarsch der CDU-Reaktion stoppen!

An diesem Sonntag finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Nach den letzten Umfragen ist dabei alles offen. Möglich ist sowohl eine Fortsetzung des jetzt amtierenden Senats wie auch ein Wahlsieg der CDU oder auch eine Koalition zwischen der CDU und einer der jetzigen Regierungsparteien. Die Alternative Liste wird mit Sicherheit ins Westberliner Parlament einziehen.

Die Sektion Westberlin der KPD hat in einem Flugblatt die Bevölkerung der Stadt dazu aufgerufen, der CDU keine Stimme zu geben. „In Westberlin“ — so heißt es darin — „darf nicht gelingen, was im Oktober in Bonn verhindert werden konnte. Durch die Berliner Hintertür darf Strauß mit der CDU nicht doch noch ans Ruder kommen“.

In dem Flugblatt wird festgestellt, daß der SPD/FDP-Senat gründlich abgewirtschaftet hat. Der von diesen Parteien jetzt propagandistisch herausgestrichene Wechsel in der Regierung war nur ein Austausch von Personen. Stobbe ging, Vogel kam. Die Politik des Senats jedoch ist die gleiche geblieben.

Er hat nach wie vor keine Antwort auf die Probleme der werktätigen Menschen, unter denen die Sorge um die Arbeitsplätze an erster Stelle rangiert. (Seit 1970 wurden in der Stadt 130 000 Arbeitsplätze vernichtet, und neue Massenentlassungen und Werksstillegungen stehen bevor.)

Der Senat unter Vogel hat nur einige geringfügige Korrekturen vorgenommen, bzw. Entscheidungen wie zum Beispiel über die Einführung des Weissen Kreises oder über die Räumung der besetzten Häuser auf die Zeit nach der Wahl verschoben. Sollte dann jedoch die CDU den neuen Senat bilden, würde sie mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Werktä-

tigen nicht lange fackeln. In der Stellungnahme der Westberliner KPD heißt es: „Unmißverständlich fordert die CDU ‚mehr freie Marktwirtschaft‘ und höhere Unternehmensgewinne auf Kosten der Werktätigen. Ohne Rücksicht auf unsere Arbeitsplätze wird sie die Rationalisierung mit allen Mitteln vorantreiben. Die CDU redet das Wort den Wohnungsspekulanten mit ihrer Forderung nach Freigabe der Mieten. Eindeutig ist die Forderung nach Abschaffung des Nulltarifs in den Kindertagesstätten und nach dem Abbau der sozialen Leistungen allerorten.“ Wie die Union dem Widerstand der Werktätigen gegen ihre Politik begegnet, hat unlängst erst das Beispiel Nürnberg gezeigt. Ganz zu schweigen davon, daß sie Westberlin wieder verstärkt zur Frontstadt in ihrem totalen Konfrontationskurs gegen den Ostblock machen würde.

Die Sektion Westberlin unserer Partei hat sich im Vorfeld der



Empörung über Wohnungsnot und Korruption waren Stolpersteine für den Stobbe-Senat.

Lagevortrag des Kriegsministeriums veröffentlicht

Frauen und Ausländer sollen in die Bundeswehr

Die Springer-Zeitung „Welt am Sonntag“ veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe Einzelheiten über einen Lagevortrag des Bonner Kriegsministeriums vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestags. Danach plant das Ministerium für die Mitte der achtziger Jahre eine Reihe von Maßnahmen, um die Bundeswehr personell zu verstärken. Unter anderem geht es dabei um die Verlängerung des Kriegsdienstes und die Einberufung von Frauen und von in der Bundesrepublik aufgewachsenen Ausländern zur Bundeswehr.

In dem Protokoll des Lagevortrags, aus dem die „Welt am Sonntag“ zitiert, wird wieder einmal das mittlerweile schon bekannte Gejammer darüber angestimmt, daß die Bundeswehr in den nächsten Jahren ihre Soll-Stärke (derzeit 495 000 Mann) nicht mehr halten könne. Solche Klagen werden seit der Afghanistan/Iran-Krise periodisch nicht nur von der Bundeswehrführung, sondern auch von Politikern aller Bonner Parteien angestimmt. Ihr Hauptzweck ist es, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß sie ihren „Verteidigungsauftrag“ binnen weniger Jahre nicht mehr erfüllen könne. Damit soll nicht zuletzt ein Geist der Opferbereitschaft geschaffen und eine Stimmung für Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Bundeswehr als Machtinstrument des westdeutschen Imperialismus erzeugt werden.

Wurde jedoch in den letzten Monaten der angeblich bevorstehende Rückgang der Soll-

Stärke nahezu ausschließlich mit dem sogenannten Pillenknick, dem Aufrücken geburtenschwacher Jahrgänge ins wehrfähige Alter, begründet, so wurden beim Lagebericht vor dem Verteidigungsausschuß ganz andere Töne angeschlagen. Die Vertreter des Kriegsministeriums bemängelten laut Protokoll die „sinkende Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft“ und die „Verbreitung eines negativen Images der Bundeswehr in den Medien.“ Hier wurden laut „Welt am Sonntag“ neben dem „Stern“ auch das SPD-Blatt „Vorwärts“ genannt.

Diese Vorwürfe machen klar, was die Strategen in der Bonner Hardthöhe wirklich beunruhigt. Nicht irgendwelche Zahlenspielerien mit geburtstarken und geburtenschwachen Jahrgängen, sondern die rapide sinkende Bereitschaft der Jugendlichen, „Verantwortung zu übernehmen“, sprich: sich für den Dienst im Bonner Militär-

apparat zu begeistern. Und diese mangelnde Bereitschaft ist natürlich nicht von irgendwelchen liberalen Medien künstlich erzeugt worden. Sie entspringt vielmehr einem wachsenden antimilitaristischen Bewußtsein und der angesichts der steigenden Kriegsgefahr zunehmenden Erkenntnis, daß der Dienst in der Bundeswehr alles andere ist als „Friedensdienst“, wie es die Militärpropagandisten immer behaupten.

Nicht umsonst hat ja Apel nach dem Fiasko mit den öffentlichen Vereidigungen die Parole ausgegeben, vor allem unter der Jugend die militaristische Propaganda — zum Beispiel in Form des Wehrkundeunterrichts — zu verstärken. Und wenn jetzt im Lagebericht die noch nicht vollends gleichgeschalteten Medien angegriffen wurden, dann kann man sicher sein, daß es auch hier vermehrten Druck geben wird.

Aus dem Protokoll des Lagevortrags geht weiter hervor, daß Apel eine Reihe von konkreten Maßnahmen plant, um die Bundeswehr personell aufzustocken und somit ihre Kampfkraft zu verstärken. Dabei wurden genannt: die Verschärfung der Regeln für die Freistellung wegen Untauglichkeit, die Einberufung auch von verheirateten Männern und Vätern sowie

Wahl für die Schaffung eines breiten Wahlbündnisses eingesetzt und der Alternativen Liste einen Vorschlag für eine Minimalplattform unterbreitet. Es zeigte sich jedoch, daß die Differenzen zu groß für ein gemeinsames Vorgehen waren. In dem Flugblatt der Partei heißt es dazu:

„An erster Stelle steht für uns die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze gegen Massenentlassungen und Stilllegungen. Daran führt besonders für die Westberliner Arbeiter kein Weg vorbei. So schön die Vorschläge der AL zu ökologisch sinnvoller Produktion, zu Handwerkskollektiven und Kleinproduktion sein mögen, so wenig können die Industriearbeiter auf ihren Arbeitsplatz verzichten. Von diesen Überlegungen läßt sich keine Perspektive für die Berliner Wirtschaft entwickeln.“

Ernstere Differenzen gab es auch in der Frage des Friedenskampfes. Unsere Partei fordert den Abzug aller fremden Truppen aus Westberlin, die Aufhebung der alliierten Hoheitsrechte und die Schaffung eines neutralen Westberlins mit dem Status einer Freien Stadt. Die AL tritt zwar allgemein für die Auflösung der beiden Militärblöcke ein; bis es einmal so weit ist, will sie jedoch die alliierten Streitkräfte in Westberlin belassen, von denen sie behauptet, sie würden die Unversehrtheit Berlins garantieren.

„Obwohl wir die AL aufgrund dieser Differenzen zu den Wahlen nicht unterstützen“, heißt es in dem Flugblatt, „wird die KPD auch in Zukunft an den verschiedensten Punkten mit der AL zusammenarbeiten.“

Im Rahmen eines breiten wirklich linken Bündnisses hätte sich die KPD an den Wahlen beteiligt. Eine eigenständige Kandidatur haben die Westberliner Genossen vor allem deshalb ausgeschlossen, weil sie gerade in der gegenwärtigen Situation alle Kräfte auf die Arbeit im Betrieb konzentrieren wollen.

die Einberufung von Angehörigen älterer Jahrgänge. Die letzten beiden Maßnahmen wurden inzwischen vom Kriegsministerium bestätigt. Alles andere wird dementiert. Darunter auch der brisante Teil des Maßnahmenkatalogs, den die „Welt am Sonntag“ als Auszug aus dem Protokoll zitiert:

„Politische Entscheidungen, die möglicherweise Änderungen bestehender Gesetze und Verfahren auslösen und Auswirkungen auf die Wehrstruktur der Streitkräfte haben, werden notwendig sein, wie zum Beispiel für die unumgängliche Verlängerung des Grundwehrdienstes, das erweiterte Einbeziehen der Frau im Status eines freiwilligen Soldaten in den Wehrdienst, die Einbürgerung von in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Ausländern, die Reduzierung der Freistellungen für Katastrophen-/Zivilschutz, BGS, Polizei.“

Trotz Dementis der Hardthöhe bleibt die Springer-Zeitung dabei, daß ihr das Protokoll der Tagung des Verteidigungsausschusses vom 21. Januar vorgelegen habe. Natürlich hat die Zeitung gegen die erwähnten Maßnahmen auch nichts einzuwenden. Sie nutzt das Geschrei über den Personalschwund bei der Bundeswehr nur dazu aus, um eine neue „Apel-Krise“ auszurufen. An der Echtheit des Protokolls kann nach allem, was vom Bonner Kriegsministerium und von Apel selbst in den letzten Monaten schon in Form von „Diskussionsbeiträgen“ verlautet ist, kaum ein Zweifel bestehen.



Krupp-Kollegen besetzten Straßenkreuzung

Eine gelungene und kämpferische Aktion war am vergangenen Donnerstag die erste Kampfmaßnahme der Bochumer Krupp-Kollegen gegen die vom Konzern beabsichtigten Massenentlassungen. Wie der „Rote Morgen“ bereits berichtete, wollen die Bosse 5300 Arbeitsplätze im gesamten Konzern vernichten. In Bochum sind von diesen Plänen 1320 Arbeiter und 311 Angestellte betroffen. Darüber hinaus sollen bei den Angestellten generell 15 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet werden.

Dagegen machten die Kollegen in Bochum, Arbeiter und Angestellte gleichermaßen, mobil. Um 7.30 Uhr am Donnerstag wurden zwei wichtige Straßenkreuzungen vor dem Verwaltungsgebäude von etwa 4000 Kollegen besetzt. Die Folge davon war ein Verkehrschaos in ganz Bochum; die Sache wurde über den Verkehrsfunk bekanntgegeben — mit dem Effekt, daß viele Menschen dadurch von der Aktion erfuhren. Die betroffenen Autofahrer zeigten zumeist volles Verständnis für die Kampfmaßnahmen der Krupp-Kollegen.

Die Demonstranten forderten, daß ein Vorstandsmitglied des Konzerns zu ihnen auf die Straße kommen sollte. Es kam dann der Arbeitsdirektor Othmar Günther, der frühere Referent von Eugen Loderer. Er zeigte allerdings wenig Verständnis für die Forderungen der Kollegen nach dem Erhalt ihrer Arbeitsplätze und versuchte sie auf staatliche Maßnahmen, um die man verhandeln müßte, zu verweisen. Bei den Kollegen kam er damit jedoch schlecht an. Unmut wurde geäußert und immer wieder kam der Hinweis auf die Dortmunder Hoesch-Werke, wo man die Kollegen mit ähnlichen Abwiegeln verschaukelt hat.

Ein Betriebsrat aus dem Hagener Werk, das von den Plänen der Krupp-Bosse besonders stark betroffen ist, widersprach dem Arbeitsdirektor und forderte zu weiteren Kampfmaßnahmen auf. Insgesamt dauerte die Aktion der Bochumer Krupp-Kollegen anderthalb Stunden. Ein vielversprechender Auftakt zum Kampf um die bedrohten Arbeitsplätze.

HDW/Hamburg

Opposition stürzt die reaktionäre Kock/Peters-Clique

HAMBURG. — Die Betriebsratswahl bei Howaldt-Werke-Deutsche Werft (HDW) in Hamburg brachte einen Erfolg für die kämpferischen Gewerkschafter und ein Fiasko für die IGM-Liste. Die oppositionelle Liste „Aktive Metaller“ hat mit 14 von insgesamt 27 Betriebsratssitzen die absolute Mehrheit gewonnen. Einen Sitz errang die der RGO angeschlossene „Kollengruppe HDW“.

Den von der RGO erreichten Sitz mit eingeschlossen fielen 15 Sitze an die oppositionellen Listen. Die IGM-Liste erreichte nur noch 11 Sitze. Ein Sitz fiel an die Spaltergewerkschaft DAG.

Nimmt man nur den Arbeiterbereich, so ist das Fiasko für die reaktionäre Kock/Peters-Clique auf der IGM-Liste (und damit auch für die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall) noch erheblich deutlicher: die „Aktiven Metaller“ erhielten hier 56 Prozent der Stimmen (= 12 Sitze), die RGO 5 Prozent (= 1 Sitz) und die Liste der IGM kam auf 39 Prozent der Stimmen (= 8 Sitze). Zusammengekommen haben die oppositionellen Listen bei den Arbeitern also 61 Prozent der Stimmen bekommen, gegenüber nur 39 Prozent der IGM-Liste.

Damit ist die arbeiterfeindliche Clique um den Betriebs-

ratsvorsitzenden Peters, die die Unterstützung der IGM-Ortsverwaltung hatte, gestürzt. Das ist ein großer Fortschritt für die Werftarbeiter von HDW/Hamburg und ein Erfolg im oppositionellen innergewerkschaftlichen Kampf gegen die rechten Bonzen und Gewerkschaftsführer.

Zugleich ist dies ein scharfer Protest der Werftarbeiter an die Adresse der Bonzen gegen ihre bodenlosen Ausschlußdrohungen gegen alle fortschrittlichen und aktiven Gewerkschafter bei HDW in Hamburg.

Die Ortsverwaltung hat gegen 42 Kandidaten der Liste „Aktive Gewerkschafter“ Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ eingeleitet. 35 der Betroffenen sind Vertrauensleute. Wer sich hier tatsächlich gewerkschaftsschädigend verhält (und zwar extrem gewerk-

schaftsschädlich) das sind die Initiatoren dieses angedrohten Massenausschlusses!

Die ultrarechte Clique um Peters und Kock ist aus der Betriebsratsspitze vertrieben. Ob allerdings von nun an die oppositionellen, kämpferischen Gewerkschafter im Betriebsrat fest das Heft in der Hand halten werden, muß sich noch erweisen. Denn nicht alle Betriebsräte der Liste „Aktive Gewerkschafter“ erscheinen als entschlossene und unbeirrbar Verfechter einer oppositionellen Haltung und kämpferischen Betriebsratsarbeit.

Die RGO-Betriebsgruppe, die bisher mit drei Kollegen im Betriebsrat vertreten war, war realistisch genug, angesichts der Entstehung der Liste der „Aktiven Metaller“ mit einem Rückgang ihrer Stimmen zu rechnen. Die gute Betriebsratsarbeit der RGO-Kollengruppe, die als einzige Gruppierung im Betriebsrat kompromißlos gegen alle Angriffe der Werftarbeiter gekämpft hat, fand im Stimmenergebnis trotz der komplizierten Situation einen deutlichen Niederschlag: Im Werk Reiherstieg, wo die RGO-Gruppe bisher vor allem aktiv war, erhielt sie 15 Prozent der Stimmen.

Hamburger Hafen

Bonzen konnten nicht gestürzt werden

HAMBURG. — Obwohl die oppositionelle Liste „ÖTV-Kandidaten der Alternative“ mit 29,7 Prozent ein gutes Ergebnis erreichte, wurden die Erwartungen der fortschrittlichen Kollegen bei dieser Betriebsratswahl im größten Hamburger Hafenbetrieb HHLA enttäuscht.

Die Liste der „Alternative“ hatte sich ein wesentlich besseres Ergebnis erhofft. Noch stärker ist die Enttäuschung bei der konsequent klassenkämpferischen Liste „Einigkeit“, die vom RGO-Betriebsrat Wolfgang Weskamp angeführt wurde. Sie erhielt keinen Sitz. Die Hoffnungen oppositioneller Kräfte bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG), in diesem Jahr womöglich den Sturz der reaktionären Betriebsratsführer der rechten ÖTV-Fraktion zu erreichen, haben sich nicht erfüllt. Offenkundig waren solche Erwartungen zu hoch angesetzt.

Sicherlich lag ein Grund — wenn auch sicher nicht der entscheidende — für das nicht befriedigende Abschneiden der Opposition an dem von den Rechten angerichteten Listensalat: Sechs Listen standen zur Wahl! So verlor die „Alternative“ mit 29,7 Prozent gegenüber der letzten Betriebsrats-

wahl, wo sie 32 Prozent schaffte, 2,3 Prozent der Stimmen. Wolfgang Weskamp und seine drei Mitstreiter kamen nur auf 3,8 Prozent der Stimmen. Vor drei Jahren hatte Wolfgang als Einzelkandidat auf der RGO-Liste 5 Prozent erreicht.

Aber auch die ÖTV-Liste verlor an Stimmen: sie erhielt nur noch 56,6 Prozent gegenüber 61 Prozent vor drei Jahren. Während die „Alternative“ ihre bisherigen acht Sitze immerhin behaupten konnte, verlor die ÖTV-Liste drei Sitze. Rein zahlenmäßig ist die Position der Opposition also innerhalb des Betriebsrates, der verkleinert wurde, stärker geworden, trotz des Ausscheidens von RGO-Betriebsrat Weskamp.

Jetzt sind nur noch die ÖTV-Liste und die „Alternative“ im Betriebsrat vertreten. Alle anderen vier Listen (zum Teil handelt es sich um offen reaktionäre Spalterlisten) erhielten keinen Sitz. Die Liste Einigkeit schnitt

von ihnen stimmenmäßig noch am besten ab.

Am Burchardkai, der wichtigsten Abteilung der HHLA und zugleich Hochburg der Opposition, konnten die oppositionellen Kräfte ihre Position stärken. Die „Alternative“ kam hier auf 50 Prozent, die Liste „Einigkeit“ auf 6 Prozent, was zusammen eine absolute Mehrheit von 56 Prozent ergibt. Die ÖTV-Liste kam am Burchardkai nur auf 38 Prozent.

Das enttäuschende Abschneiden der Liste „Einigkeit“ genauer zu analysieren, ist sicherlich eine wichtige Aufgabe der RGO-Betriebsgruppe. Eines aber ist jetzt schon klar: die ganz stark gegen die Liste „Einigkeit“ und speziell gegen Wolfgang Weskamp konzentrierte Wahlkampagne der ÖTV-Bonzen ist nicht ohne Wirkung geblieben.

Diese Kampagne bestand vor allem in einer Serie von üblen Hetzflugblättern, die extrem auf antikommunistische Vorurteile ausgerichtet waren („Parteidiktatur der KPD“, „Umerziehungslager in Albanien“ u.ä.). Wir müssen es noch besser lernen, solchen Hetzparolen überzeugend zu begegnen.

Betriebsratswahlen bei Siemens/Witten

50 Prozent für die oppositionelle Liste!

WITTEN. — Die Betriebsratswahl bei Siemens in Witten (östliches Ruhrgebiet) brachte die oppositionellen „Belegschaftsliste“ einen großartigen Erfolg. Trotz des von reaktionären Kräften provozierten Listenwirrwarrs (fünf Listen standen zur Wahl) erreichte sie im Arbeiterbereich 50 Prozent der abgegebenen Stimmen und hat damit die IGM-Liste weit in den Schatten gestellt.

Die „Belegschaftsliste“, die von der RGO-Betriebsrätin und Genossin unserer Partei Annette Schnoor angeführt wurde, erhielt 574 Stimmen. Das sind leicht über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dagegen erhielt die von dem berüchtigten Bonzen und bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Rein angeführte IGM-Liste nur 297 Stimmen.

Die „Belegschaftsliste“ kann nun alle sieben aufgestellten Kandidat(inn)en — sechs Frauen und ein Mann — in den Betriebsrat entsenden. Nach dem Stimmenergebnis würden ihr sogar neun Sitze zustehen. Leider fallen die beiden nicht besetzten Sitze nun der IGM-Liste zu, die von dem Wahlergebnis her eigentlich nur vier Sitze zu beanspruchen hätte. Die drei übrigen Listen konnten jeweils einen Sitz erreichen.



Der Erfolg der „Belegschaftsliste“ übertrifft selbst die kühnsten Erwartungen. Wir schreiben in einem Artikel über die Kandidatur der „Belegschaftsliste“ im „Roten Morgen“ Nr. 10/81:

„So gibt es jetzt insgesamt fünf Listen, die in der Arbeitergruppe gegeneinander kandidieren. Wären es nicht so viele, so könnte sich die „Belegschaftsliste“ eine reelle Chance ausrechnen, alle sieben Kandidaten durchzubringen und Rein als

Betriebsratsvorsitzenden stürzen zu können. Dazu wären allerdings ca. 45 Prozent der Stimmen nötig, was bei fünf konkurrierenden Listen enorm viel ist.“

Nun sind es sogar 50 Prozent geworden! Ein überzeugendes Votum für das klassenkämpferische Konzept der „Belegschaftsliste“ und eine unzweideutige Absage der großen Mehrheit der Belegschaft an die reaktionäre Rein-Clique.

Dennoch ist auch damit der Sturz von Rein als Betriebsratsvorsitzender noch nicht besiegelt, so überfällig er auch ist. Dieser Bonze, der von Demokratie so viel hält wie der Teufel vom Weihwasser, wird ungeachtet des Wählerentscheids wahrscheinlich versuchen, mit Unterstützung der nicht fortschrittlichen Listen und eines Teils der Angestelltenvertreter im Betriebsrat eine Mehrheit für sich zusammenzuzimmern.

Im nächsten „Roten Morgen“ werden wir noch einmal ausführlich auf die Situation bei Siemens/Witten und die Vorgeschichte dieser Betriebsratswahl zurückkommen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.		ZENTRALE KOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.	
4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.	44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.	
4630 BOCHUM, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.		7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkscurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.	
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.		2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.	
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.		5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marlenstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.	
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.		6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Bohr, Frankenthaler Str. 188, Tel.: 0621/52 39 66.	
4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.		8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.	
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.		4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.	
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.		7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 29 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.	
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.		SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.	
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/			



Köln



Bochum



Dortmund



Emden



Zehntausende marschierten mit klassenkämpferischen Parolen

Mai-Demonstrationen im Zeichen der Forderungen der Arbeiterklasse

Abfuhr für Mitbestimmungslosungen und Sozialpartnerschaftspropaganda

Weit mehr als hunderttausend Menschen demonstrierten in der Bundesrepublik und in Westberlin am 1. Mai 1981 mit kämpferischen Umzügen für ihre Forderungen und gegen die Angriffe des Kapitals und der politischen Reaktion. Im Mittelpunkt standen nicht die betrügerischen Mitbestimmungsparolen und sozialpartnerschaftliche Appelle der Bonzen, wie sie den Maiaufmarsch des DGB durchzogen, sondern klare Kampfparolen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und scharfer Protest gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Aufrüstung und soziale Demontage. Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnabbau und Kriegsgefahr standen an erster Stelle unter den Losungen. Die aktiven Gewerkschafter und die kämpferische Jugend brachten an diesem 1. Mai deutlich zum Ausdruck, daß sie im konsequenten Kampf der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen das Kapital und die politische Reaktion den Weg zur Verteidigung ihrer Interessen sehen.



Bremen



Essen

„Arbeitsplatzvernichtung“ war das Stichwort, das in den Sprechparolen und auf den oft mit viel Einfallsreichtum gestalteten Transparenten am häufigsten genannt wurde. Dieser 1. Mai stand mancherorts fast ganz im Zeichen der Empörung und des Widerstands gegen die Rationalisierungsfeldzüge und Stilllegungspläne der Konzernherren.

So in Hagen. Am 1. Mai demonstrierten hier 2000 Stahlarbeiter gegen die Krupp-Pläne zur Stilllegung der Hagener Walzwerke, durch die die Region Hagen zu einem sozialen Katastrophengebiet gemacht würde.

In Siegen protestierten 500 Beschäftigte der Krupp-Stahlwerke und der Hoesch-Siegerland-Werke gegen die Arbeitsplatzvernichtung dieser beiden Konzerne im südwestfälischen Raum.

In Dortmund waren es Parolen für den Bau des neuen Stahlwerks und gegen die Vernichtung der Dortmunder Stahlbasis durch die Hoesch-Estel-Bosse, die das Bild der Mai-Demonstration am stärksten prägten.

Auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich stand praktisch bei allen Mai-Demonstrationen mit im Vordergrund. Ebenso der Protest der Arbeiterjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. „Jung und alt sind arbeitslos, doch die Bosse machen Moos“ — diese Losung war häufig zu sehen und zu hören.

Der zweite Hauptschwerpunkt der Parolen und Forderungen bezog sich auf die wachsende Kriegsgefahr, auf die Aufrüstungspolitik Bonns und die kriegstreiberische Rolle der beiden Supermächte. Überall wurde der Nachrüstungsbe-

schluß der NATO verurteilt und der Widerstand gegen die Stationierung der neuen Atomraketen propagiert.

Uns wurde nur ein Fall berichtet, wo auch der offizielle Hauptredner des DGB auf der Mai-Kundgebung diese Forderungen der Friedensbewegung klar und eindeutig vertrat: Paul Plumeyer, früheres Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie, der in Mainz sprach.

Auf vielen Demonstrationen fehlte auch die Forderung „BRD — raus aus der NATO“ nicht.

Auch die Lohnrunde und der brutale Angriff der Unternehmer gegen die Reallohne waren Thema der Demonstrationen. Dabei wurde immer wieder Kritik an der Politik der IGM- und DGB-Führung geübt, wurde die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen verlangt. „Ran an den Speck, 4,9 Prozent müssen weg, wir wollen acht und wenn es kracht!“ war zum Beispiel eine Parole, die in verschiedenen Städten auftauchte.

Auch an diesem 1. Mai fiel die starke Beteiligung der Jugend auf. Und ebenso der ausländischen Kollegen. Überall wurde auf Spruchbändern und in Sprechparolen die Einheit der ausländischen und deutschen Kollegen im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital betont. „Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Kampffront“ hieß es oft.

Am stärksten vertreten unter den Kollegen aus anderen Ländern waren die Kollegen aus der Türkei, die natürlich das faschistische Militärregime in ihrer Heimat und die Unterstützung dieses Regimes durch die Bonner Regierung und die NATO anprangerten.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Unsere Partei hat sicherlich einiges beigetragen zum kämpferischen Charakter der Mai-Aufzüge in diesem Jahr. In den Betrieben und in der Gewerkschaft setzten sich unsere Genossen gemeinsam mit anderen Kollegen und aktiven Gewerkschaftlern dafür ein, daß nicht Bonzen und Minister, nicht Sozialpartnerschaft und Mitbestimmungsbetrug, sondern die Forderungen der Arbeiterklasse zum Inhalt der Mai-Aktivitäten des DGB wird.

In einigen Orten, wie z.B. in Kiel, waren es neben anderen klassenbewußten Kollegen die Genossen unserer Partei sowie auch die RGO, die so starken Druck auf die Bonzen ausübten verstanden, daß erstmalig seit Jahren wieder richtige Demonstrationen des DGB zum 1. Mai durchgeführt wurden.

Häufig waren auch die Fahnen unserer Partei und die diesjährige Mai-Parole der KPD auf den Demonstrationen zu sehen: „Arbeit für jeden! Frieden! Sozialismus!“ Dieser 1. Mai hat bestätigt, daß die Partei die brennendsten Fragen der Arbeiterbewegung richtig herausgestellt und sie zugleich mit der großen Perspektive des Sozialismus verknüpft hat.

Diese Perspektive in die Kämpfe der Arbeiterklasse und damit auch wieder verstärkt in den 1. Mai hineinzutragen, sehen wir als unsere unabdingbare Pflicht an. Dies wurde auch auf allen Mai-Veranstaltungen der KPD von den Parteirednern hervorgehoben.

In einer Reihe von Städten führte unsere Partei eigene Mai-Veranstaltungen durch, die meist einige Tage vor dem 1. Mai stattfanden und die alle einen kämpferischen Charakter hatten. Dazu trug gewiß auch bei, daß auf den Veranstaltungen die konkreten Kämpfe im Vordergrund standen. Oft spielten in diesem Zusammenhang natürlich auch die Betriebsratswahlen und die hierbei erzielten Erfolge der RGO und anderer oppositioneller Kräfte eine wichtige Rolle.

Wenig Erfreuliches gibt es von den eigentlichen Kundgebungen des DGB zu berichten. Mit Ausnahme meist der Redebeiträge von Vertretern der DGB-Jugend, falls es sie gab, waren die Kundgebungsreden fast in allen Fällen von der sozialpartnerschaftlichen Kumpagnei der DGB-Bonzen mit dem Kapital und der Bonner Regierung geprägt.

Meist war der Beifall für die

Bonzen dann aber auch lächerlich gering oder überhaupt nicht vorhanden. In einigen Fällen kam es sogar zu heftigen Protestäußerungen der Kolleginnen und Kollegen. So auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB, die in diesem Jahr in Duisburg stattfand. Die Rede des Bundeskanzlers Schmidt ging weithin im Pfeifkonzert und den Buhrufen des Publikums unter. Auch DGB-Boß Vetter bekam zum Teil heftige Unmutsäußerungen klassenbewußter Gewerkschafter zu hören.

Dieser Mangel an Gegenliebe, auf den die DGB-Bonzen am 1. Mai 1981 bei den Kollegen stießen, ist ein gutes Zeichen. Und der Protest ist nur zu berechtigt. Denn angesichts der brutalen Arbeitsplatzvernichtung, mit der insbesondere die Stahlwerker gerade in diesen Wochen und Monaten konfrontiert sind, ist es doch nackter Hohn, wenn im Mai-Aufruf des DGB unter anderem folgendes steht:

„Die gleichberechtigte Mitbestimmung muß erhalten und auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden!“

Im Geltungsbereich der Montanmitbestimmung wurde der Durchbruch für entscheidende soziale und wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Damit wurden im Stahl- und Kohlebereich die modernsten Arbeits- und Produktionsbedingungen geschaffen. Ohne die Montanmitbestimmung wäre die Neuordnung bei Kohle und Stahl nicht ohne schwere Erschütterungen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft möglich gewesen.“

Dies in einer Situation, wo die „Neuordnung“ bei Kohle und gegenwärtig vor allem bei Stahl Zehntausende von Kollegen in ihrer nackten Existenz bedroht! In einer Situation, wo Stahlarbeiter für das Profitinteresse der Banken und Konzernspitzen in Massen auf die Straße geworfen und wo im Ruhrgebiet und in anderen Regionen durch die Stahlbarone die Arbeitslosenzahlen in kriminelle Höhen gejagt werden!

Kann man eigentlich noch zynischer den Charakter des 1. Mai verfälschen und seine große Tradition unverschämter verhöhn? Sorgen wir dafür, daß in den kommenden Jahren für solche arbeitfeindliche Parolen am Kampftag der Arbeiterklasse keinerlei Raum mehr ist! Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!



Dortmund

**1. Mai 1981 —
Arbeit für jeden!
Frieden! Sozialismus!**



Bochum



Hamburg



Ludwigshafen



Stuttgart

Nazi-Veranstaltung verhindert

BONN. — Die faschistischen Organisationen „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Initiative für Auländerbegrenzung“ (IFA) wollten Anfang April in mehreren westdeutschen Städten Hetzveranstaltungen unter dem Titel: „Hat das deutsche Volk eine Zukunft?“ durchführen. So auch in Bonn. Was Bonner Antifaschisten dagegen unternahmen, schrieb ein Mitglied der VOLKSFRONT auf und stellte

„Der Kreisverband Köln und die Freunde der VOLKSFRONT in Bonn informierten und mobilisierten innerhalb von zwei Tagen alles, was zu mobilisieren war. Die Veranstaltung sollte um 19.30 Uhr beginnen. Um 18.30 Uhr sammelten sich die ersten auf dem Rathausplatz, und zwar erstmal in kleineren Gruppen, damit die Faschisten nicht sofort kapierten, worum es ging.

Wir waren so etwa 50 Mann. Wir erkundigten uns recht nett beim Portier des Hotels, wo denn die Veranstaltung der DVU stattfinden würde. Ein „Spährtrupp“ wurde nach oben geschickt. Der Saal faßte keine 60 Mann. Also sagten wir uns, daß wir genug seien, um der Veranstaltung beizuwohnen, natürlich auf unsere Weise. Als wir uns dann etwas näher umsahen, sahen wir eine größere Gruppe Jugendlicher. Wir

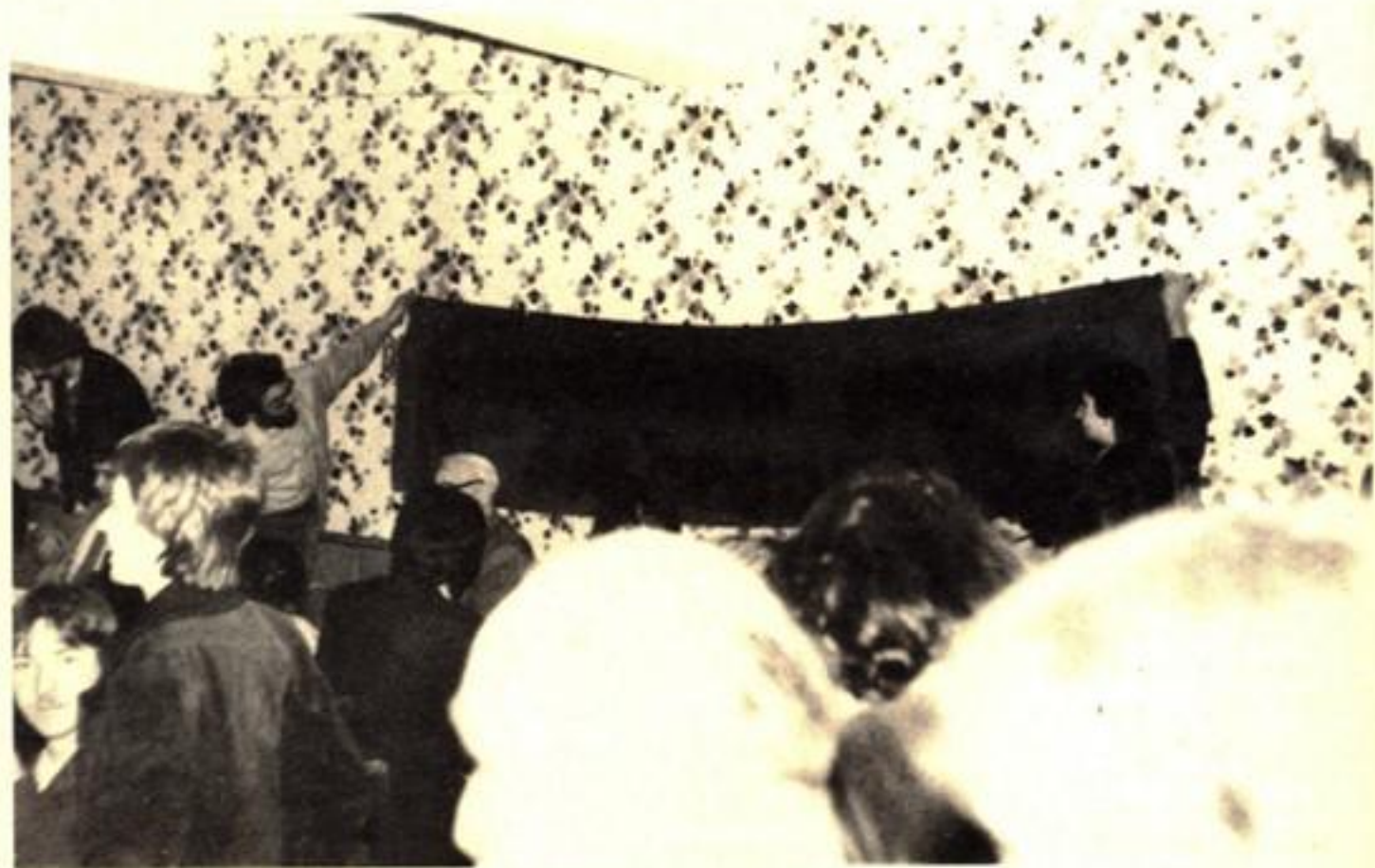
hin, sagten, daß wir von der VOLKSFRONT kommen und daß wir Lust hätten, die Faschisten beim Hetzen zu stören. Die Jugendlichen waren zum größten Teil vom MSB Spartakus und der SDAJ. Der ASTA Bonn hatte, unterstützt von zahlreichen studentischen Hochschulgruppen, ein Flugblatt gegen die Veranstaltung herausgegeben. Wir sprachen die Jugendlichen an und fragten, ob es denn nicht möglich sei, daß man etwas gemeinsam unternimmt. Wir schlugen vor, daß eine größere Gruppe reingeht und eine weitere Gruppe draußen der Öffentlichkeit klaren Wein einschenkt.

Eine überfüllte Veranstaltung

Erst wollten die nicht so mit uns reingehen, aber dann sind wir einfach vormarschiert und die mit uns. Immer mehr Leute

seinen Bericht neben dem Zentralen Vorstand seiner Organisation auch dem „Roten Morgen“ zur Verfügung. Natürlich waren auch KPD-Genossen an der Aktion beteiligt. Im Einvernehmen mit der VOLKSFRONT bringen wir hier große Teile des Berichts, der in seiner Lebendigkeit für viele Antifaschisten ein Beispiel geben kann.

waren gekommen. Und als wir etwa mit 100-120 uns gerade in den Saal zu zwängen versuchten, konnte der alte Nazi, der uns daran zu hindern versuchte, gar nicht anders, als uns den Weg freizumachen. Wir übernahmen — und so gehört sich das auch — sofort die Leitung der Veranstaltung. Immer wieder erklangen antifaschistische Lieder, Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität“, „Faschisten raus aus unserer Stadt, wir haben den Faschismus satt“ usw. Ein gemeinsames Transparent mit der Aufschrift „Gemeinsam gegen die braune Pest“ wurde ausgerollt. Die Faschisten, es waren etwa acht bis neun — die anderen, die kamen, wurden erst gar nicht in unsere Veranstaltung eingelassen — versuchten zwar einige Male zu provozieren, aber sie bekamen dafür die gebührende Antwort.



Als die Nazis kamen, war der Raum schon voll.

Bewaffneter Aufmarsch türkischer Faschisten

WESTBERLIN (Volkskorrespondenz). — Am letzten Samstag machten türkische Faschisten viel Wirbel um ihre bisher größte Aktion in Westberlin: Vertreter der faschistischen MHP, der „Gerechtigkeitspartei“ des ehemaligen Staatschefs Demirel, die islamischen Kulturzentren, der ehemalige Kulturattaché Erdogan Cıkar u.a. hatten zu einer Demonstration der Verbundenheit mit der türkischen Militärregierung aufgerufen.

An die 20000 Türken folgten diesem Aufruf. Sie durften, ungehindert von der Westberliner Polizei, ihren Zug über den Kurfürstendamm zum türkischen Generalkonsulat durchführen. Mit Parolen wie: „Türkische Armee = türkische Nation, türkische Nation = Militärregierung“, „Es ist die Auf-

gabe der gläubigen Türken, den Kommunismus zu vernichten“.

Nicht ganz unbehindert blieb die faschistische Demonstration allerdings von türkischen und deutschen Antifaschisten. Ein Bündnis von Alternativer Liste, Hausbesetzern, türkischen Organisationen, KPD und VOLKSFRONT

rief zu einer Gegenkundgebung am Abmarschplatz der Faschisten auf. Etwa 500 Antifaschisten fanden sich dort ein.

Ein Riesenaufgebot an Polizei machte deutlich, daß die faschistische Demonstration unter allen Umständen geschützt werden sollte.

Die Deutsche Bundesrepublik legt Wert auf gute Beziehungen zur faschistischen Militärregierung in der Türkei. Die Türkei ist wichtig für die NATO. Und hier wollten nicht nur türkische Faschisten demonstrieren, die Demonstration war noch dazu abgesegnet vom türkischen Generalkonsulat. Diesen Zusammenhang bekamen die Gegendemonstranten im Verlauf der Aktion hautnah zu spüren.

Nachdem wir am Versammlungsort den Faschisten die Parolen „Tod dem Faschismus“, „Keine Militärhilfe für die Türkei“ und andere entgegengerufen hatten, entschlossen wir uns, einen Demonstrationzug über den Ku'damm in Richtung türkisches Generalkonsulat durchzuführen.

Hatte die Polizei vorher Steinwürfe der türkischen Faschisten fast völlig ignoriert, so nahm sie einige Steine, die aus dem Zug der Antifaschisten zurückgeworfen wurden, sofort zum Anlaß, brutal auf alle Beteiligten einzuschlagen. Eine Gruppe wurde in eine Seitenstraße abgedrängt und zusammengeschlagen.

Es gelang uns trotzdem, einen Zug zum Ku'damm zu machen und die Passanten kurz über das Ziel der Demonstration zu unterrichten. Dort zeigte die Polizei dann allerdings, was Leuten zugeordnet ist, die nicht die Regierungslinie in der Türkei vertreten. Der Demonstrationzug wurde für aufgelöst erklärt. Mit Schlagstöcken und Schilden gingen die Polizisten auf uns los. Mehrere Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Demonstranten, die sich in ein Café geflüchtet hatten, wurden an den Haaren auf die Straße geschleift. Besonders auf Türken wurde regelrecht Jagd gemacht, ohne Rücksicht auf Passanten.

Polizei-Greiftrupps sprangen aus Autos und durchsuchten vermeintliche Demonstranten, wie man es sonst nur in Krimis sieht. Sie mußten sich an die Wand stellen und wurden durchsucht.

So ist es kein Wunder, daß nur ein Faschist festgenommen wurde, weil er einen Antifaschisten durch einen Bauchschuß verletzt hatte, aber zwei Antifaschisten, weil sie Steine geworfen haben sollen. Sie sollen jetzt ausgewiesen werden.

Wir fordern:

- Keine Ausweisung der Antifaschisten!
- Bestrafung des Faschisten wegen Mordversuch!
- Keine Demonstrationenfreiheit für Faschisten!
- Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen!

Auch nach der Demonstration gab es viele Protesterklärungen. Die Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin zum Beispiel verabschiedete eine Resolution, die von etwa 400 Teilnehmern bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimme verabschiedet wurde. Auch sie fordert die Freilassung der türkischen Antifaschisten. Darüber hinaus heißt es darin unter anderem: „Die GEW Berlin protestiert gegen Veranstaltungen wie die Demonstration am 25. 4. 81, mit denen die faschistische Junta in der Türkei unterstützt werden soll.“

Die GEW Berlin kritisiert besonders den Senat von Berlin, der solche Veranstaltungen zuläßt. (...) Die GEW Berlin protestiert gegen den unglaublichen Vorgang, daß Fahrzeuge der Berliner Polizei mit Lautsprechern durch Kreuzberg gefahren sind und in türkischer Sprache darauf aufmerksam gemacht haben, daß die rechtsradikale Demonstration nicht verboten sei. Das muß als kaum noch verhüllte Aufforderung zur Teilnahme aufgefaßt werden. Die GEW Berlin fordert:

- Verbot der Grauen Wölfe
- Ausweisung der Funktionäre der Grauen Wölfe
- Einstellung der Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe für die Junta.“

Plötzlich von draußen die Nachricht, daß etwa 400 Bullen anmarschiert sind. Ein Kollege von der VOLKSFRONT ergriff wieder einmal die Initiative und forderte die Teilnehmer der Protestkundgebung auf, Ruhe zu bewahren. Er machte allen Teilnehmern klar, daß sie hierhin gekommen seien, um diese öffentliche Kundgebung der Faschisten zu verhindern, daß in Bonn kein Platz für Faschisten

Wir holen den Portier, der sagt, daß wir artig gefragt hätten, ob wir rein dürfen. Einer von der Presse, die natürlich auch anwesend ist — wenn auch nicht die bürgerliche — radelt zum Bahnhof, holt die „Nationalzeitung“, wo es ganz groß drin steht: „Öffentliche Veranstaltung“.

Jetzt will der Bulle unsere Personalien zwar nicht mehr wegen oben genannten Tat-

sei, und daß man erst gehen werde wenn zuvor die Faschisten gegangen wären.

Der Einsatzleiter kam und forderte uns auf, diese geschlossene Versammlung, die wir gewaltsam gesprengt hätten, sofort zu verlassen. Gegenkommando der VOLKSFRONT: alle hinsetzen! Und wieder Parolen auf Deutsch und Türkisch. Der Kollege der VOLKSFRONT, der die Verhandlungen mit den Bullen führte, erklärte, dieses sei eine öffentliche Versammlung von Faschisten und wir als Antifaschisten würden uns nicht das Recht nehmen lassen, unsere antifaschistische Position hier kundzutun, und zwar so, wie wir es wollten. Noch hätte man die Meinungsfreiheit nicht abgeschafft. Parolen! Klatschen! Und als die Faschisten versuchten, das Transparent abzureißen ... Eier! Unmengen von schönen gelben Eiern!

Der Redner der Faschisten bekommt am meisten ab. (Damit wir uns nicht falsch verstehen, der Faschistenredner hat nicht ein einziges Wort anbringen können.)

Der Bulle kommt wieder und erklärt die Veranstaltung für verboten. Alle sollen sofort raus. Wir lassen den Faschisten den Vortritt. Uns ist klar, daß wir alle rausgehen und die Faschisten dann eine geschlossene Veranstaltung durchführen. Na ja, wir wollen mal sehen!

Ein Bulle blitzt ab

Als wir runterkommen, merken wir, daß draußen mittlerweile sich etwa 400 Menschen auf dem Platz angesammelt haben. Und immer wieder rufen die Menschen draußen, die erst durch unseren Trupp mitbekommen haben, was oben eigentlich los ist: „Faschisten raus aus unserer Stadt, wir haben den Faschismus satt!“ Die Bullen wollen keinen rauslassen. Sie bilden einen Kordon und wollen von jedem einzelnen die Personalien. Der Kollege der VOLKSFRONT spielt wieder den Verhandlungsleiter der Antifaschisten. Keiner will seine Personalien freiwillig herausgeben. Was tun? Der Bulle sagt: „Tatverdacht auf gewaltsame Sprengung einer geschlossenen Veranstaltung, Hausfriedensbruch.“

verdachts, sondern wegen des Tatverdachts auf Körperverletzung. Der Kollege der VOLKSFRONT bespricht mit den Eingeschlossenen, was passieren soll. Juristische Tricks werden ausgetauscht. Einer meldet sich und sagt: „Ich hab den Faschisten was vors Maul gehauen!“ Und gleich melden sich alle von hinten und rufen: „Dann brauchen Sie uns ja nicht mehr festhalten. Sie haben ja ihren Körperverletzer, aber morgen werden wir alle zu unseren Anwälten gehen und beschwören, daß er in Notwehr gehandelt hat, daß der Faschist angefangen hat.“ Der Bulle denkt, er wird nicht wieder.

Wir rufen alle Parolen: keine Kontrollen! Der Bulle sagt, wenn wir ihm versprechen, keine Spontandemo aus dem Hut zu zaubern, dürften wir gehen. Unter dem Beifall der draußen ausharrenden Antifaschisten — obwohl es mittlerweile etwa 22.00 Uhr ist, sind immer noch etwa 350-400 da — verlassen wir die Arena.

Wie Aktionseinheit entsteht

Aber weil die Spontandemo halt Spontandemo heißt, wird eben mal ganz spontan eine Kundgebung abgehalten. Und jetzt zeigt sich, daß sich das Auftreten der VOLKSFRONT gelohnt hat. Die Antifaschisten vom MSB und der SDAJ sind die einzigen, die ein Megafon haben. Sie meinen, daß wir von der VOLKSFRONT die Abschlußrede halten sollten. Sie selbst verzichten auf eine Rede. Wir finden das echt gut.

In unserer Rede gehen wir noch einmal darauf ein, warum wir heute hier waren. Zwar tagen jetzt oben die Faschisten im geschlossenen Raum — mittlerweile waren es keine sechs Leute mehr — aber wir haben erreicht, was wir erreichen wollten. Keine öffentliche Hetzveranstaltung der Faschisten. Unsere antifaschistische Aktion ist nicht zuletzt wegen des mutigen Auftretens der VOLKSFRONT und wegen der unheimlich guten Verhaltensweise und Solidarität aller Antifaschisten hervorragend verlaufen.“



So beschwören die türkischen Faschisten das mittelalterliche Reich der Osmanen.

Sechs Antifaschisten sollen vor Gericht Gewerkschafter im Kampf gegen Neo-Nazis

GRENZACH (Südbaden). — 19. Januar 1980: 2000 Antifaschisten verhindern einen Fackelzug der faschistischen NPD im Anschluß an eine „Reichsgründungsfeier“, die von den Behörden genehmigt und von der Polizei geschützt wurde. Wegen dieser Aktion sollen jetzt mit Hilfe von Neonazis sechs der Antifaschisten vor Gericht gestellt werden!

Dies sind die sechs Verfolgten: Herbert Kimmelman, Timmer Claus, Harald Gressel (alle IG Metall), Ilse Bördner, Dietmar Koschmieder (GEW) und Christa Braun. Aufgerufen zum Protest gegen die Naziprovokation hatte der DGB Kreis Lörrach. Nach der offiziellen Beendigung einer Gegendemonstration gingen die Antifaschisten nicht nach Hause: Viele formierten sich zu einem Zug, der dem Naziaufmarsch entgegen trat. Quer über die Straße wurden dichte Ketten gebildet, für die Faschisten gab es kein Durchkommen.

Da erst verbot der Landrat den Fackelzug. Die zum Schutz dieser Provokation aufgetretenen Polizisten sahen tatenlos zu, wie die Nazis mit Hitlergruß, Nazigesängen und Racheschwüren abzogen. Die Faschisten konnten sogar brennende Fackeln in die Reihen der Gegendemonstranten werden, ohne daß die „Ordnungshüter“ einschritten.

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft in Lörrach, gestützt auf die Aussagen einiger Faschisten, wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“ gegen die Antifaschisten.

Dieser bei uns schon übliche Vorgang rief im Ausland wieder einmal Besorgnis und düstere Erinnerungen wach: „Auf dem Papier sind nazistische Aktivitäten (...) in der BRD verboten. Im bundesdeutschen Alltag hingegen hilft die Justiz (...) den Faschisten.“ (AZ, Basel)

Die IGM-Bezirksleitung ist erfreulicherweise dabei, die Solidarität mit den verfolgten Demokraten in den Betrieben zu organisieren. Mit der Sammlung von Tausenden Unterschriften unter dem Motto „Solidarität mit verfolgten Gewerkschaftern“ soll eine Einstellung des Verfahrens erzwungen werden.

Eine wichtige Lehre ist aus der Grenzüberschreitung zu ziehen: Wenn die Gewerkschaft voll mobilisiert gegen die Neonazis, kriegen die keinen Stich. Die Gewerkschaftsverbände, die das heute bereits tun, entsprechen damit auch nur dem erklärten Willen ihrer Mitglieder, wie er auf vielen Gewerkschaftstagen in der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Leider wird noch nicht überall in diesem Sinne verfahren. Es ist klar, daß viele Kollegen darauf warten und selbst noch zögern, wenn ihre Gewerkschaft nicht die nötigen Schritte unter-

nimmt. Die Demonstration der 10 000 in Nürtingen vor ein paar Wochen ist ein anderes überzeugendes Beispiel, was zustande kommen kann, wenn die Gewerkschaft die Kampfkraft ihrer Mitglieder zum Tragen bringt. Die fehlende Aktivität nach dem Münchner Oktoberfest-Attentat zeigt, wieviel vergeben wird, wenn es nicht dazu kommt.

In den Gewerkschaften gegen die Nazis mobil machen!

Überall müssen aktive Gewerkschafter darum kämpfen, daß sich die richtige Haltung in dieser Frage durchsetzt. Dabei gilt es — auch das wurde leider in Nürtingen deutlich — die Abgrenzungspolitik der Gewerkschaftsböden zu durchbrechen, die sich selbst bei antifaschistischen Aktionen mit allen Mitteln von revolutionären Organisationen abgrenzen und die Zusammenarbeit mit ihnen verweigern. Der Antikommunismus der Böden ist ein großes Hindernis im antifaschistischen Kampf und arbeitet den Faschisten direkt in die Hände.

„Den Faschisten keinen Fußbreit!“ — das muß der Grundsatz sein, wo immer diese Verbrecher sich zeigen. Die NPD z.B. will in der nächsten Zeit in verschiedenen Regionen des Bundesgebiets Parteitage und Versammlungen abhalten. Daraus darf nichts werden! Machen wir mobil in Gewerkschaften und Betrieben. Arbeitereinheit schlägt Faschismus! Nur durch diesen entschiedenen Kampf werden wir auch den nötigen Druck ausüben, um unsere Forderung durchzusetzen: Verbot der NPD und aller anderen Naziorganisationen.

Das Schlageter-Treffen verhindern!

Auf den DGB und alle Antifaschisten in Süddeutschland kommt in dieser Hinsicht auch schon eine neue Aufgabe zu: „Am 23. und 24. Mai wollen sich „alle nationalen Kräfte Süddeutschlands“ (so heißt es in einem Aufruf) in Schönaue zu einer Leo-Schlageter-Großveranstaltung treffen. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende reagierte bisher schon damit, daß zur gleichen Zeit in Schönaue ein „Tag gegen den Rechtsradikalismus“ angesetzt wurde.

10 000 Unterschriften gegen Nazi-Terror

Über 10 000 Unterschriften wird die Initiative „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten“, die von zahlreichen Gewerkschaftern getragen wird, am 7. Mai der Bundesregierung und dem Bundestag übergeben.

Daß den Nazis die Aktivitäten der Unterschriftensammler — dazu gehören an vielen Orten auch Genossen der KPD — ein Dorn im Auge ist, beweist die Morddrohung gegen den Sprecher der Initiative, Heinz Werner Wurstius (IG DruPa). „Es ist Zeit, daß wieder Köpfe

rollen“, hetzt die „Nationale Kampfgruppe Ruhr-Mitte“, und: „Auch für dich ist es bald aus.“

Die Übergabe der Unterschriften ist ein guter Auftakt zum Gedenktage des Sieges über den Hitlerfaschismus am 8. Mai. Sie muß auch als Auftakt zu verstärkter Aktivität verstanden werden, um durch den Einsatz aller Antifaschisten, mit tatkräftiger Unterstützung aller Gewerkschaften, die Nazi-Banden vollständig zu zerschlagen.

Prozeßerfolge für die VOLKSFRONT

München. — Neben dem bekannten „Stierplakat“ ist noch ein weiteres Wahlkampfplakat der VOLKSFRONT von der Verfolgung betroffen, weil auf ihm die grafische Darstellung eines Polizeieinsatzes abgebildet ist, neben der sich unter anderem die Losungen finden: „Verhindert ein neues '33“ und „Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat!“ In zwei Prozessen gegen VOLKSFRONT-Mitglieder wegen Verbreitung dieses Plakats gab es in den letzten Wochen Freisprüche.

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie hätten „die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.“

Ganz anders und sehr viel richtiger sah das allerdings der Richter im Prozeß gegen Cornelia Rahnema. Sie hat, so betonte er, mit dem Aufstellen des Plakates die Bundesrepublik weder verächtlich gemacht, noch in ihrem Bestand gefähr-



det. Im Gegenteil: Sie habe dazu beigetragen, die Demokratie zu sichern. Daß das ihre Absicht ist, habe sie auch vor Gericht ganz deutlich machen können. Sie sei als kritische Staatsbürgerin angetreten, mit diesem Plakat vor einer gefährlichen

Entwicklung zu warnen, einen Polizei- und Überwachungsstaat in Westdeutschland zu verhindern.

Einen weiteren Freispruch in dieser Sache gab es für Wolfram Mollenkopf in Rottweil. Hier mochte der Richter nicht klar politische Stellung nehmen gegen die Ansichten der Staatsanwaltschaft, an denen Wolfram und sein Verteidiger kein gutes Haar ließen. Er beschränkte sich bei der Begründung seines Urteils auf die Feststellung, daß Wolfram das Plakat dort, wo es ihm zur Last gelegt wurde, gar nicht aufgestellt hatte.

Auch gegen Strauß gewonnen

Ausgerechnet in der bayrischen Hauptstadt konnte die VOLKSFRONT auch einen wichtigen Erfolg gegen den Ex-Kanzlerkandidaten Strauß erringen, der sich bemüht, die Organisation wegen „Beleidigung“ seiner Person bestrafen zu lassen.

Es geht dabei in dem Fall, der hier behandelt wird, einmal nicht um das „Stier-Plakat“ des

Wahlkampfs, sondern um eine Karikatur, die Strauß in Lederhosen und mit einer Maschinenpistole zeigt. Angeklagt war der Sozialpädagoge Ernst Winkler, VOLKSFRONT-Bundestagskandidat im Münchner Strauß-Wahlkreis, der für ein Flugblatt verantwortlich zeichnete, auf



dem die Karikatur abgebildet war.

Außer gegen diese Darstellung hatte Strauß auch bestimmte Textstellen verfolgen lassen, zeigte sich dann allerdings ungewöhnlich publikums-scheu: Als er als Zeuge geladen wurde, zog er den diesbezüglichen Teil der Klage zurück.

Der Staatsanwalt forderte, was von ihm erwartet wurde: 40 Tagessätze à 30 Mark. Richter Werner Rauer aber mochte ihm nicht folgen. Sein Urteil: Freispruch! Sinngemäß führte er aus: Strauß in bayrischer Tracht — kurzärmelig und in

Lederhosen — darzustellen, könne keine Beleidigung sein. Die Maschinenpistole könne als Symbol der Macht verstanden werden, die Strauß ja zweifellos angestrebt habe. Rauer mochte auch nicht über die Feststellung des Verteidigers hinweggehen, Strauß habe schließlich im Wahlkampf ganz andere Sachen von sich gegeben, um gegen seine politischen Gegner zu polemisieren. Zwar gab der Richter auch seiner Privatmeinung Ausdruck, er fände die Karikatur geschmacklos, aber das reicht zu einer Verurteilung



nicht aus. Eine Einsicht, der sich der überwiegende Teil seiner Amtskollegen bisher verschlossen hat. Wichtig für den Freispruch war auch, daß Strauß nicht als Privatperson, sondern als Kanzlerkandidat getroffen werden sollte.

All diese Erfolge wurden in erster Instanz errungen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Staatsanwaltschaft von einer Berufung absieht. Aber sie bieten für die Antifaschisten eine gute Ausgangslage. Sie brauchen — ebenso wie alle anderen Angeklagten in vielen anderen Prozessen — weiterhin unsere Unterstützung!

Freispruch für M. v. d. Lubbe aufgehoben

„Furchtbare Heuchelei“ Verfassungsrichter Hirsch: „Ich schäme mich der deutschen Justiz“

WESTBERLIN. — Das Westberliner Oberlandesgericht hob Anfang April den aufsehenerregenden Freispruch wieder auf, auf den das Landgericht Berlin am 15. Dezember 1980 im Wiederaufnahmeverfahren gegen Marinus von der Lubbe erkannt hatte. Marinus v. d. Lubbe, früher Mitglied der KP Hollands, wurde von den Nazis bei der von ihnen inszenierten Reichstagsbrandstiftung als Werkzeug benutzt, um die Tat der Kommunistischen Partei in die Schuhe schieben zu können.

„Das Reichsgericht hat sich der bewußten Rechtsbeugung schuldig gemacht“, so wertete das Landgericht im letzten Jahr die Willfährigkeit der Leipziger Richter gegenüber dem faschistischen Staat. Hätte nicht der Kommunist Dimitroff das abgekartete Spiel zwischen Nazis und Justiz vor den Augen der Öffentlichkeit entlarvt, den Nazi-Führer Göring völlig bloßgestellt und dessen Verantwortung für den Brand bewiesen, so hätte das Gericht damals auch Dimitroff zum Tode verurteilt. Dieses Hauptziel des Prozesses erreichten Göring und Konsorten nicht. Sie mußten sich mit der Hinrichtung von der Lubbe begnügen.

Die westdeutsche Justiz nahm es nicht hin, daß im Dezember 1980 zum ersten Male von einem Gericht das verbrecherische Treiben des Reichsgerichts offengelegt und verurteilt wurde. Kein Wunder, viele Nazi-Juristen haben beim Aufbau der westdeutschen Nachkriegsjustiz geholfen und sie entsprechend beeinflusst. (Jurist bei den Nazis war ja selbst der heutige Bundespräsident Carstens.) Und die heutigen Richter haben wohl Angst, daß das Beispiel Schule machen könnte; sie sehen die Immunität ihres Berufsstandes gefährdet. Kein ein-

ziger der Leipziger Blutrichter, die besonders in den Kriegsjahren Tausende von Menschen ermorden ließen, weil sie sich der Hitler-Diktatur in irgendeiner Weise widersetzt hatten, stand bisher vor Gericht.

Die Aufhebung des Dezemberurteils veranlaßte selbst einen Mann wie den Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch zu einer scharfen Kritik am bundesdeutschen Justizwesen. (Die folgenden Auszüge stammen aus einem Interview mit dem Deutschlandfunk.)

Frage: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Richter wegen Rechtsbeugung verurteilt wird. Diese Abwandlung eines Bibelspruchs ist also heute nicht widerlegt, Herr Hirsch?“

Antwort: „Nein, ganz sicher nicht. Es ist die große Schande der deutschen Nachkriegsjustiz, daß sie es (...) nicht fertig gebracht hat, einen einzigen dieser Mörder in der Richterrobe zur Rechenschaft zu ziehen.“

Bezeichnend ist auch die Begründung für die Aufhebung des Dezemberurteils: Es gebe keine Regelung für die Zuständigkeit Westberliner Gerichte zur Wiederaufnahme von Verfahren des Reichsgerichts. So einfach ist das. An die Bestimmung eines anderen Gerichts in

der Bundesrepublik zur Befassung mit dem Fall ist nicht gedacht.

Dabei ist der Fall von der Lubbe natürlich nicht der entscheidende zur Beurteilung der Reichsrichter. Und die größten Verbrecher kamen erst später an die in Leipzig entscheidenden Positionen. Der Name Roland Freisler ist ein Symbol des Unrechts und des Schreckens geworden. Die Freisler-Leute aber verlebten und verleben in der Deutschen Bundesrepublik einen ruhigen Lebensabend mit reichlicher Rente!

Hören wir noch einmal Martin Hirsch: „Ich muß sagen, ich

schäme mich der deutschen Justiz, daß die Dinge so gelaufen sind. Es ist eine furchtbare Heuchelei, daß man einen kleinen Menschen, der an Hitler glaubte und der schreckliche Morde verübt hat, verurteilt, obgleich dessen Schuld mit Sicherheit nicht so groß ist. Und daß man die eigenen Kollegen ungeschoren läßt, obgleich sie ihre Macht als Richter in einer schändlichen und ungeheuerlichen Art und Weise mißbraucht haben.“

Es muß endlich dafür gesorgt werden, daß die heute noch lebenden Blutrichter vor Gericht gestellt und ihrer gerechten Strafe zugeführt werden! Entsprechende Strafanzeigen sind längst gestellt. Hierbei geht es um weit mehr als persönliche Rache an alten Menschen. Der Billigung faschistischer Gewaltverbrechen und Massenmorde durch den westdeutschen Staat muß endlich ein Ende gemacht werden!

Nürnberger Hausbesetzer weiter in Haft

NÜRNBERG. — Seit nunmehr vier Wochen sitzen in Nürnberg 15 Hausbesetzer wegen Verdachts auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ und „gemeinschaftlichem schweren Landfriedensbruch“ in Haft. Sie werden in unerträglicher Weise schikaniert.

Im „Roten Morgen“ 16/81 berichteten wir über die gewaltsame Räumung eines Hauses durch Polizei und Spezialeinsatzkommandos, bei der es zu den Festnahmen kam. Mit dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung soll die Verfolgung von Hausbesetzern drastisch verschärft und die Bewegung gespalten werden.

Inzwischen wurden die Gefangenen über ganz Bayern in verschiedene Gefängnisse verteilt und eine Besuchssperre verhängt. Es bestehe „aktuelle Verdunklungsgefahr“, unter an-

derem deshalb, weil „eine ganze Menge von KOMM-Besuchern die Hausbesetzer besuchen wollten“. Darunter, so die Justiz-Pressestelle, auch solche, die selbst in Verdacht stehen, an der „gewalttätigen Demonstration, die schließlich zur Massenverhaftung vom 5.3. geführt hat, beteiligt gewesen zu sein.“

Die Gefangenen, die bisher noch keine Aussagen gemacht haben, sollen auf diese Weise fertiggemacht werden. „Das sind jetzt schon übliche Methoden“, meinte der Rechtsanwalt eines der Betroffenen.

Gegen den erklärten Mitgliederwillen

DGB-Bonzen für „Startbahn-West“

Arbeiterkorrespondenz aus Usingen

Liebe Genossen!

Ich will euch mal zeigen, wie der DGB mit den Beschlüssen seiner Basis umgeht.

In allen mir bekannten Einzelgewerkschaften und Fachgruppen in Hessen wurden Beschlüsse gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt gefaßt. So hat z.B. die diesjährige DGB-Landesjugenddelegiertenkonferenz in Darmstadt einstimmig einen Beschluß gegen die Startbahn West verabschiedet.

Man sollte meinen, daß sich daraus eine eindeutige Haltung des DGB Hessen in dieser Frage

ableiten sollte.

Welche Unverschämtheit begehen aber diese Gewerkschaftsbonzen?

In der Maizeitung des DGB-Landesbezirks Hessen ist eine ganzseitige Anzeige der Frankfurter Flughafengesellschaft (FAG) abgedruckt, in der Werbung für den Ausbau der Startbahn West gemacht wird!

Dieser Unverfrorenheit sahen vielen Gewerkschafter aber nicht tatenlos zu. Die Jugendgruppe der HBV Frankfurt z.B. weigerte sich, die Maizeitung zu verteilen und weiterzugeben.

NPD-Parteitag in Ibbenbüren

Erfolgreiche Aktion gegen Nazi-Kundgebung

RHEINE (Volkskorrespondenz)

— Am 1. und 2. Mai führte die NPD von NRW in einem Lokal am Rande von Ibbenbüren ihren Landesparteitag durch. Verbotsanträge gegen das Nazi-Treffen blieben erfolglos. Die Stimmung in der Presse war eindeutig gegen die Faschisten, wozu zahlreiche Leserbriefe aus der Bevölkerung beitrugen.

Am 2. Mai veranstalteten die Nazis eine Kundgebung in Rheine. Auch sie stieß natürlich auf entschiedenen Protest. Allerdings gab es Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise, wie man diesem Auftreten am besten entgegenzutreten könne. Der DGB hatte für den gleichen Zeitpunkt, um 14 Uhr, eine Gegenkundgebung angesetzt. Sicher spielte dabei der Gedanke mit, eine direkte Konfrontation mit den Faschisten zu vermeiden. Das aber hätte geheißen, sie ungestört reden zu lassen.

Diese Taktik hatte keinen Erfolg. Wir mobilisierten noch auf dem Platz, wo die DGB-Kundgebung sein sollte, für eine Aktion direkt bei den Nazis. Mit vollem Erfolg: Es blieb kaum einer zurück, diese Kundgebung mußte verschoben werden.

Wir — das heißt in diesem Falle vor allem die VOLKSFRONT — kamen an diesem Tag zu einer guten Zusammenarbeit mit Antifaschisten anderer Organisationen, auch der DKP und SDAJ, die sich während der gesamten Aktion bewähren sollte. Natürlich waren auch Genossen der KPD beteiligt.

Etwa 400 Antifaschisten traten der NPD gegenüber und störten die Rede des faschistischen Majors Lindner erheblich. Zehn Minuten lang kam er überhaupt nicht zu Wort. Ganz auseinandernehmen konnten

wir die Nazi-Versammlung nicht. Das lag nicht an den etwa 50 Teilnehmern, sondern an einem massiven Polizeiaufgebot. Die Polizei ging allerdings in Rheine nicht, wir man das meist erleben muß, aggressiv gegen die Antifaschisten vor. Bei dem Versuch, die Lautsprecheranlage der Nazis außer Gefecht zu setzen, wurde allerdings ein Antifaschist verhaftet, aber auch zwei Nazis, die eine Schlägerei anzetteln wollten.

Nach der gestörten Nazi-Kundgebung zogen dann alle beteiligten Antifaschisten zum DGB-Kundgebungsort, ein VOLKSFRONT-Transparent vorweg. Hier hatten sich inzwischen wieder viele Menschen eingefunden, die von auswärts gekommen waren, so daß der Marktplatz mit etwa 1 000 Menschen gefüllt war, als Guntram Schneider vom DGB-Bezirk Münster mit seiner Rede begann.

Diese Rede war sehr erfrischend und unterschied sich erheblich von dem, was man sonst meist von DGB-Funktionären zu hören bekommt. Schneider beschränkte sich nicht auf Angriffe gegen die Neonazis, sondern brandmarkte beispielsweise auch den bundesdeutschen Waffenexport in faschistische Staaten. Seine Ausführungen waren einigen höheren Bonzen, die dabei standen, sichtlich unangenehm.

Nach Beendigung dieser Kundgebung zogen noch einmal 300 Leute in Richtung Polizeirevier, um die sofortige Freilassung des festgenommenen Antifaschisten zu verlangen. Dieser Zug konnte vorzeitig abgebrochen werden, weil der Verhaftete inzwischen wieder freigegeben war und zu der Demonstration stieß.

„Wir werden das Nazi-Treffen verhindern!“

HAMBURG. (Volkskorrespondenz). — Ausgerechnet am 10. Mai, zwei Tage nach dem Jahrestag der Niederschlagung des Hitler-Faschismus, wollen die NPD-Faschisten bei uns in Hamburg ihren Landesparteitag abhalten.

„Das werden wir verhindern!“ — so lautet die einhellige Meinung aller Hamburger Antifaschisten. Offensichtlich fürchten die Nazis selber den Widerstand, denn bis heute ist nicht bekannt, wo das faschistische Spektakel stattfinden soll. Aber so etwas haben wir bisher noch immer herausbekommen.

Zahlreich sind die Proteste, die ein Verbot des Parteitages fordern. Entsprechende Anträge wurden u.a. von der IG Druck und Papier, der VVN, der VOLKSFRONT und der KPD gestellt. Die KPD verteilte dazu ein Flugblatt mit einem offenen Brief an den Innensenator.

tor.

Der Protest zeigt offensichtlich schon Wirkung. Der Innensenator erklärte, wenn der Parteitag tatsächlich stattfinden sollte, werde er ihn wegen der zu erwartenden Aktionen verbieten lassen.

Wichtig ist jetzt, weiter voll zu mobilisieren. Auch wenn der Tagungsort noch nicht bekannt ist und das Verbot des Nazi-Treffens angekündigt ist, müssen sich die Antifaschisten bereithalten, denn nur diese Bereitschaft kann einen Erfolg für uns garantieren.

Erfreulich ist das Zustandekommen eines gemeinsamen Aufrufs verschiedener Organisationen zur Verhinderung des NPD-Parteitages. Er ist unter anderem auch von der VOLKSFRONT, dem KB und den Grünen unterzeichnet.

In Hamburg ist kein Platz für Nazis!

Demonstration gegen Massenverhaftungen

DUISBURG (Volkskorrespondenz). — Am 2. Mai führten wir gegen den Polizeiterror und die Massenverhaftungen, von denen wir euch schon berichtet hatten, eine Demonstration durch. Hier nun ein Film von dieser Aktion, den wir der Eile

wegen ohne großen Bericht abschicken. Hoffentlich könnt ihr damit etwas anfangen.

(Vielen Dank! Aus Platzgründen können wir hier nur drei Fotos bringen. — Die Redaktion.)



Auch hier wieder massenhaft Polizei



Am 30. April abends protestierten ca. 400 Menschen gegen die Massenverhaftung vor dem Polizeipräsidium.

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen“ zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben werden Artikel des „Roten Morgens“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“;
„Die neuen Männer in Washington“;
„Aus der Geschichte der KPD“ (in türkischer Sprache).
Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.
• Demnächst erscheint auch die Artikelserie zur Lage in Polen (RM 15 - 17/81) als Sonderdruck (Stückpreis: 10 Pfennig) Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.— ☐ halbjährlich DM 30.—

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Neuer albanischer Farbfilm

„Auge in Auge“

Dieser spannende Spielfilm behandelt die Auseinandersetzung zwischen Albanern und Sowjets um den albanischen U-Boot-Stützpunkt Vlora im Jahre 1960, in deren Verlauf es beinahe zu kriegerischen Kampfhandlungen kam. Dem Drehbuch des Films liegt ein Kapitel des Romans „Der große Winter“ von Ismail Kadare zugrunde.

Ausleihen kann man diesen Film über das Sekretariat der Deutsch Albanischen Freundschaftsgesellschaft, DAFG e.V., Postfach 19 - 7622, 2000 Hamburg 19.

Gezeigt wird der Film zum ersten Mal in der

**Volkshochschule Essen, Filmsaal
Hollestr. 75, Nähe Hauptbahnhof
9. Mai 1981, 14.00 Uhr**

An demselben Nachmittag gibt es auch noch einen Farbfilm über das Folklore-Festival 1978 in Gjirokastra zu sehen.

Vor dem II. Kongreß des Jugendverbandes der KPD

„Jetzt, wo die Jugend verstärkt kämpft, wird der Kongreß die Arbeit unseres Verbandes schlagkräftiger machen“

(Interview mit Jürgen Tobegen, Sekretär der Roten Garde)

Kurz vor dem II. Kongreß der Roten Garde, des Jugendverbandes der KPD, nutzte die Redaktion des „Roten Morgens“ die Möglichkeit zu einem Gespräch mit Genossen Jürgen Tobegen über Bedeutung und Sinn dieses Kongresses und die Arbeit des Jugendverbandes.

RM: Jürgen, der II. Kongreß der RG steht vor der Tür. Warum wurde er jetzt, vor der statutenmäßigen Zeit, einberufen, und welches Ziel wird mit dem Kongreß verfolgt?

J.T.: Nun, zunächst einmal ist das ein normaler Vorgang in einer kommunistischen Organisation: Man ruft einen Kongreß zusammen, um Bilanz zu ziehen, Neuwahlen durchzuführen usw. Daß dies jetzt geschieht, hat zwei Gründe: Einmal hat sich gezeigt, daß vier Jahre Abstand einfach zuviel sind für einen Jugendverband. Wir werden dem Kongreß vorschlagen, den Kongreß alle zwei Jahre durchzuführen, und zum anderen, ganz klar, ist die Arbeit der RG in den drei Jahren

RM: Und wie sieht das konkret aus? Was heißt „Ausrichtung auf die Arbeiterjugend“?

J.T.: Zunächst ist das eine Festlegung auf die wichtigsten Bereiche der Arbeit: Betrieb und Gewerkschaft, Schulen, Bundeswehr. Wohlgeordnet: Ich habe gesagt Bereiche der Arbeit. Es wäre nun ganz falsch zu sagen, im Betrieb gibt es nur die gewerkschaftlichen Fragen, in der Schule nur die Ausbildungsfragen und so weiter.

Dabei spielen alle politischen Fragen eine Rolle, zu denen es Aktionen gibt, sei es die Bewegung gegen AKWs oder die Hausbesetzungen, sei es der amerikanische Druck auf El Salvador, die Raketen in der Bundesrepublik, je nachdem,

vor allem abdecken wollen.

RM: Und wie ist das nun, es gab doch früher — vor der Gründung der RG — in der Jugendarbeit der Partei manchmal den Fehler, hin- und herzugehen zwischen „politischen Kampfaufgaben“ und „Freizeitgestaltung“, um es mal überspitzt zu sagen. Wie soll das nun jetzt, bei diesen ganz jungen Genossen gehen?

J.T.: Beides muß man tun. Es hat sich immer als falsch gezeigt, nach dem „Stein der Weisen“ zu suchen, zu meinen, wenn wir jetzt das machen, dann läuft alles. Nein: Die RG ist ein politischer, ein revolutionärer Jugendverband, und da gehört der politische Kampf dazu. Da gehört aber auch das andere dazu. Das sind zwei der drei Punkte, die wir uns jetzt, vor dem Kongreß, als Ergebnisse vorstellen: verstärkte Orientierung auf die Aktion, Verwirklichung eines jugendgemäßen Lebens und, das halte ich für wichtig herauszuheben, den Kommunismus verstärkt in die Jugendbewegung tragen. Denn da ist ja der große Zweifel in der Jugend an der eigenen Zukunft, das Fragen, was wohl wird, und darauf können wir ja antworten.

Nicht mit allgemeinen Aussagen, sondern indem wir genau sagen, wie man sich den Sozialismus in Deutschland vorstellt, wie das alles werden soll...

RM: Also nicht nur so: „Da muß man halt aufpassen, daß es nicht läuft wie in der Sowjetunion“, sondern das mit Inhalt füllen?

J.T.: Ja, genauso, das ist notwendig. Denn die Jugendlichen wollen ja mehr Demokratie. Viele von ihnen verstehen unter Freiheit Ungezwungenheit, sie haben da bestimmte Vorbehalte. Wir müssen ihnen also konkrete Antworten geben können.

RM: Und dem allem dient dann auch die geplante Änderung von Programm und Statut?

J.T.: Ja, aber dazu will ich sagen, daß in dieser Hinsicht vor allem das Statut an vielen Punkten der Praxis der Roten Garde nicht mehr entspricht.

Was das Programm betrifft, so haben wir den Entwurf eines Aktionsprogramms ausgearbeitet. Ein eigenes Grundsatzprogramm brauchen wir ja nicht. Wir sind schließlich der Jugendverband der KPD und kämpfen auf der Grundlage des Parteiprogramms.

RM: Die letzten Jahre waren für den Verband ja wohl insgesamt recht lehrreich?

J.T.: Seit der Gründung der RG sind drei Jahre vergangen. Wir haben viel gemacht, viel gelernt und auch eine Reihe von Erfolgen erzielt. Ich möchte da nicht nur unsere Zeitungen nennen, sondern auch — als zählbaren Erfolg, den man keinesfalls unterschätzen soll — die Tatsache erwähnen, daß ein Drittel derjenigen, die bei der Gründung der RG Verbandsmitglieder waren, heute Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sind — darauf sind wir, ich meine zu Recht, stolz.

RM: Dann wünschen wir Euch und Eurem Verband für den Kongreß und den weiteren Kampf recht viel Erfolg.



Die Rote Garde in Aktion.

seit dem Gründungskongreß nicht so zufriedenstellend verlaufen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Die Probleme, die da aufgetaucht sind, müssen jetzt besprochen werden, daraus müssen Beschlüsse für den Kampf des Verbandes entstehen, das ist der Hauptzweck.

RM: Inwieweit hängt das mit dem zusammen, was die bürgerliche Presse jetzt allgemein als „neue Jugendbewegung“ entdeckt hat?

J.T.: So neu ist die ja gar nicht. Eine Proteststimmung ist schon lange da. Aber es ist natürlich klar, daß ein wichtiges Thema des Kongresses die gegenwärtige Situation der Jugendbewegung ist und die Rolle, die die RG dabei spielt...

RM: Heißt das jetzt sozusagen „volle Pulle unter die Hausbesetzer“ oder was?

J.T.: Nein, das habe ich nicht gemeint! Was uns betrifft, so ist die Haltung der RG dazu völlig klar. Hausbesetzungen sind ein 100prozentig legitimes Mittel des Kampfes gegen den Spekulantenterror und Mietwucher. Sie sind Ausdruck des Protestes gegen die Zukunftslosigkeit in diesem Staat. Das finden wir gut, unterstützen wir und wir verurteilen die Polizeiberichte und Massenverhaftungen ganz entschieden. Wir sind ein kommunistischer Jugendverband und in unserer Arbeit in erster Linie auf die Arbeiterjugend ausgerichtet.

Am Vorabend von Schmidts Mai-Auftritt in Duisburg

Massenverhaftung nach Gesichtskontrolle!

„Modell Deutschland“ gilt nicht nur in Nürnberg

DUISBURG. — Am Vorabend der zentralen Kundgebung des DGB zum 1. Mai, auf der auch Bundeskanzler Schmidt als Redner geladen war, exerzierte die Polizei von NRW in Duisburg eine regelrechte Hasenjagd auf Jugendliche — weit über 100, keiner wußte am Tag darauf die Zahl genau zu sagen, wurden auf der Straße verhaftet, nach Gesichtskontrolle!

Wie es dazu kam?

Seit Januar hält eine Gruppe junger Leute den Bahnhof in Neumühl (Duisburg) besetzt, den die Bundesbahn abreißen

gefunden hätte und wahllos auf der Straße wurde hier verhaftet — insofern übertrifft die Polizeieinsatz selbst die Nürnberger Methoden.



Am Abend wurde der Neumühler Bahnhof von der Polizei durchsucht — wobei solch furchterregende Dinge wie eine Axt und Haarfärbemittel beschlagnahmt wurden — zuvor aber erst (einmal mehr) geprügelt.

lassen will. Da dies ein sogenanntes Sanierungsgebiet ist, das Problem also viele betrifft, haben sie auch unter der Bevölkerung viele Sympathien.

Am Donnerstag, dem 30. April, sollte ein Autokorso zur Stadtmitte gemacht werden, wobei leerstehende Häuser öffentlich kenntlich gemacht werden sollten, anschließend sollte um 17.00 Uhr eine Demonstration vor dem Rathaus stattfinden — zu all dem kam es aber nicht.

Der Innenhof des Neumühler Bahnhofs wurde von der Polizei abgeriegelt, ein VW-Transporter, in dem die Materialien für die Demonstration waren, wurde beschlagnahmt, der namentlich angesprochene Fahrer zur Personalkontrolle geschleppt.

Und nun startete die Polizei eine beispiellose Jagd durch ganze Stadtteile auf jeden, der so aussah, daß er vielleicht an der Demonstration hätte teilnehmen können...

Gruppen von Jugendlichen, die sich zur Stadtmitte hin bewegten, um an der Demonstration teilzunehmen, wurden ins Industrieviertel abgedrängt, durch Schrebergärten gejagt und dort auch geschlagen.

Auf der Straße zur Innenstadt wurde eine Autosperre errichtet. Greiftrupps patrouillierten durch Haupt- und Nebenstraßen. Jugendliche, die aussahen, als wären sie Demonstranten(!), wurden in einen von der Polizei gebildeten Kreis überstellt, wo sie gesammelt wurden. Wobei die Auswahl derer, die nach Ansicht der Polizei für eine solche Demonstration in Frage kommen, recht groß ist: 13- und 14jährige (ein 12jähriger war der Jüngste) ebenso wie ein Behinderter oder eine im achten Monat schwangere Frau.

In aller Deutlichkeit muß man hervorheben, daß es für diese Polizeijagd auf Demonstranten und solche, die welche sein könnten, keinerlei Grund gab. Keine kaputte Fensterscheibe, nichts was als Vorwand hätte dienen können. Nicht nach einer Demonstration aus einem geschlossenen Raum heraus, sondern ohne, daß eine Demonstration überhaupt statt-

ungefähr 400 Menschen vor dem Polizeipräsidium, darunter auch zahlreiche Eltern und einige Rechtsanwälte, und forderten massiv die Freilassung der Verhafteten.

Diese selbst berichteten, daß dies ihrer Stimmung weiter Auftrieb gegeben habe, die schon vorher gut gewesen sei. Der Polizei ist es also keinesfalls gelungen, die Jugendlichen einzuschüchtern. Schon für den nächsten Morgen, zur Mai-Kundgebung des DGB, waren zwei Flugblätter fertig, die die Mai-Demonstranten über die Ereignisse des Vortages informierten. Genossen der Roten Garde, die an der Verbreitung der Flugblätter beteiligt waren, erzählten, es hätte viele Leute gegeben, die das alles zunächst gar nicht glauben wollten.

Am Nachmittag des 1. Mai fand eine Versammlung mit rund 600 Teilnehmern statt, auf der für den kommenden Tag eine Demonstration beschlossen wurde.

Dort wurde auch eine Protestresolution verabschiedet und nachdrücklich unterstrichen, daß man diese beispiellose Polizeiwilkkür nicht hinnehmen werde.

Die Festnahmen, die wegen „dringenden Verdachts auf Teilnahme an einer verbotenen Demonstration“ durchgeführt wurden, sind ein völlig illegaler Willkürakt, da es ja keine Demonstration gab (die im übrigen nicht verboten, sondern nur nicht angemeldet war). Und so wie Schmidt am Tag darauf dieser Protest massiv zu Ohren kam, so muß er auch weiter organisiert werden.

Es reicht nicht, dumpfe Wut anzusammeln. Das demokratische Recht auf politische Willensäußerung muß mit allem Nachdruck verteidigt werden! Und das muß heißen: Keine einzige Anzeige darf ausgestellt werden! Ein unabhängiger Untersuchungsausschuß muß diese Vorfälle genau prüfen! Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Abschlußfeier des II. Kongresses der Roten Garde

Mit einem Kulturprogramm, an dem u.a. Elbe 1 und der Liedersänger Eck mitwirkten, internationalen Gästen sowie einer kurzen Rede über die Ergebnisse des II. Kongresses, feiert die Rote Garde den Abschluß des II. Kongresses. Dazu sind alle Freunde und Genossen der RG (und natürlich auch der KPD) herzlich eingeladen.

ORT: Gaststätte Schlegel und Eisen, Essen-Katernberg, Bückendorfer Straße, ZEIT: Sonntag, 10. Mai ab 18.00 Uhr.

Zeltlager der Roten Garde / Ruhr am 21. bis 24. Mai

Die RG Ruhr lädt alle Rotgardisten, ihre Freunde und Bekannten ein zu ihrem Mai-Zeltlager, das an der holländischen Nordseeküste stattfinden wird.

Dabei sein werden: Der Liedersänger Eck, das Kabarett „Der wahre Anton“, der niederländische Cine-Club und surinamesische Genossen mit ihrer Truppe „Rote Trommel“. Für's Kulturleben ist also gesorgt, und auch sonst für allerhand, was man sich unter einem RG-Zeltlager vorstellt...

PREIS: Für alle vier Tage — 50 DM, für zwei Tage — 35 DM.

ORT: Ostkapelle auf Walcheren, Zeltplatz in de Bongerd.

TERMIN: vom 21. Mai (Donnerstag) bis 24. Mai (Sonntag — wer nur am Wochenende kann, kann sich wie aus dem Preis zu ersehen, auch für zwei Tage anmelden.

Zelte müssen mitgebracht werden.

Meldungen

USA: Pläne zur Besetzung mexikanischer Ölfelder

WASHINGTON. — Im Kabinett Reagan wurde und wird in diesen Tagen ein Vorschlag von wissenschaftlichen Beratern des Kongresses besprochen, der vorsieht, in einem besonderen internationalen Krisenfall die mexikanischen Ölfelder zu besetzen. Dieser Vorgang, der bisher unwidersprochen blieb, wurde von einer großen mexikanischen Tageszeitung enthüllt und rief in der Öffentlichkeit Mexikos große Empörung hervor.

Der Grund für diese Überlegung der Washingtoner Kriegsplaner: die Ölfelder Mexikos seien am schnellsten zu besetzen, ohne daß etwaige Gegner die Möglichkeit zur Sabotage hätten, die dortigen Transportwege seien außerdem die am besten absicherbaren, da sie relativ kurz sind, etwa im Vergleich zum Persischen Golf.

Laut Bericht der mexikanischen Zeitung sollen solche aggressiven imperialistischen Pläne in Washington auch in bezug auf die kanadischen und venezolanischen Ölfelder vorbereitet werden. In all diesen Staaten ist die scheinbar unabhängige oder staatlich kontrollierte Ölförderung in Wirklichkeit in den Händen der USA-Ölmonopole, die die einheimischen Kapitalisten über zahlreiche Sonderverträge und technische Abhängigkeit im Griff halten. Amerika als Eigentümer der Yanks — auch dieser Bestandteil der klassischen US-imperialistischen politischen Doktrin wird von der Reagan-Regierung offiziell wiederbelebt.

Chile: Kupferarbeiter im Streik

RANCAGUA. — Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres sind die chilenischen Kupferarbeiter trotz der Streikverbote der faschistischen Pinochet-Clique in den Ausstand getreten. Dieses Mal begann die Streikbewegung in der Kupferraffinerie Calatones in Rancagua, wo 2000 Arbeiter streikten. Diesem Streik haben sich die Belegschaften anderer Kupferwerke angeschlossen, vor allem auch die Arbeiter von Chiles größtem Kupferbergwerk El Teniente, wo 25 Prozent der chilenischen Produktion erzeugt werden. Die Arbeiter wenden sich gegen die Versuche der Regierung, mit einer Lohnerhöhung von zwei (!) Prozent für 24 Monate ihre Löhne weiter zu senken — sie fordern 10 Prozent für ein Jahr.

Indien: Polizeimassaker an Bauern

KARNATAKA. — Erneut wird aus Indien ein Fall von besonderem Polizeiterrror gegen die arbeitenden Menschen gemeldet. Im Unionsstaat Karnataka eröffnete die Polizei innerhalb weniger Tage zweimal das Feuer auf Bauerndemonstrationen. Mehr als 10000 Tabakbauern hatten sich an diesen Demonstrationen beteiligt, um ihre Forderung nach höheren staatlichen Subventionen zu vertreten. Bei den beiden Feuerüberfällen gab es 12 Tote und 700 zum Teil schwer Verletzte, 500 Bauern wurden verhaftet und verschleppt.

Israels unerklärter Krieg

Wer will den Libanon zerstückeln?

Falangisten-Aufmarsch in Zahle

BEIRUT. — Seit Anfang April wiederholen sich die Nachrichten aus dem Libanon fast täglich: Israelische Bomben- und Raketenangriffe im Süden des Landes, Gefechte zwischen UNO-Soldaten, libanesischen Truppen und den israelischen Söldnern des Majors Haddad, syrischer Artilleriebeschuß auf Zahle. Aus der Flut der Meldungen nimmt man die Einzelheiten kaum noch zur Kenntnis. Während die extrem-reaktionären, offen proamerikanischen Medien von einem syrischen Vernichtungsfeldzug gegen Christen schwafeln, übt sich die liberalere Presse in Verwirrspielen. Währenddessen sind die israelischen Zionisten zum offenen Angriff auf syrische Truppen übergegangen.

Dabei liegt der Ablauf der Ereignisse, beginnend mit dem Dezember letzten Jahres, klar auf der Hand. Damals begannen die faschistischen Verbände der Gemayels, die Stadt Zahle zu besetzen. Zahle, das im letzten libanesischen Krieg weitgehend unbeteiligt war, wurde zu jenem Zeitpunkt vor allem von katholischen Christen bewohnt. Diese, wohlgeachtet, gehören nicht zur christlichen maronitischen Kirche, aus der die faschistischen Falangistenverbände sich hauptsächlich rekrutieren.

Nach der Besetzung Zahles wurde Mitte Dezember 1980 mit dem Bau einer Straße vom Süden des Libanons nach Zahle begonnen. Zur selben Zeit erklärte die israelische Regierung, sie würde sich von nun an weder darauf beschränken, „Vergeltungsschläge“ durchzuführen, noch könne sie dem Schicksal der libanesischen Christen unter dem „syrischen Besatzerregime“ weiterhin tatenlos zusehen. Ebenfalls zur selben Zeit began-

daß es sich bei den Kämpfen um und im Libanon weder um innerarabische Streitigkeiten noch um Religionsfehden handelt.

Die laut westlicher Propaganda so sehr verfolgte christliche Minderheit des Libanons stellt in Wirklichkeit die herrschende Klasse des Landes dar, die seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches ihr Land abermals an die ausländischen Machthaber verkaufte: Diesmal an die französischen Imperialisten. Der Libanon, die „Schweiz des Ostens“, trug seinen Namen von daher zu Recht, als er der Brückenkopf für die westlichen, zuerst eben vor allem französischen Monopolbanken für ihre Ölgeschäfte wurde. Die Staatsmacht teilten sich vier große christlich-maronitische Familien.

Als die Macht dieser korrupten Elemente zum ersten Mal in Frage gestellt wurde, griff eine neue „Schutzmacht“ ein: die USA. 1958 drangen amerikanische Truppen, aus der Türkei

gistenverbände der maronitischen Reichen unterbinden sollten, deren Macht wurde zurückgedrängt.

Diese Schwächung rief eine noch schwerere Auseinandersetzung unter den Maroniten-Clans hervor als dies früher der Fall gewesen war: die beiden mächtigsten Gruppierungen, die Schamouns und die Gemayels, bekämpften sich im Sommer 1980 bis aufs Blut, was mit der Vernichtung der „Tigermilizen“ Schamouns endete.

Der Gemayel-Clan war nun der allein mächtige. Eben derjenige, der für die offene Allianz mit Israel eintrat und von jeher eingetreten war.

Jetzt, im Sommer 1980, hatten Begins Zionisten im Libanon große Trümpfe in der Hand. Zum einen das offene Bündnis mit den Maroniten, zum anderen den von ihnen gehaltenen Attrappenstaat des Major, Haddad im Süden, die von Israel seit langem gewünschte Aufmarschzone (in der westlichen Presse stets verfälschend als Pufferzone dargestellt) gegen die palästinensischen Zentren im Libanon.

Die Marionette Haddad bekommt nicht nur jährlich rund 10 Millionen Mark vom bankrotten Israel, sondern auch Gas, Wasser, Strom und Lebensmittel: Finanziert aus der Militärhilfe der USA für Israel mit deren Billigung. Und auch unter — stillschweigender — Billigung der UNO-Truppen, wie auch der Beiruter Zentralregierung, die den Truppen Haddads nach wie vor den Sold bezahlt.

Das ist also die Ausgangslage. Die weiteren Geschehnisse, vom Einzug der Falangisten in Zahle bis zum täglichen Bombenterror der israelischen Luftwaffe, der immer weiter ins Land hineingetragen wird, sind bekannt.

So kam es zu den blutigen Ostertagen. Sie stellten in Wirklichkeit den Versuch der israelisch-maronitischen Allianz dar, den Libanon unter Kontrolle zu bringen, um so einerseits dem Kampf der Palästinenser einen großen, vielleicht entscheidenden Schlag zu versetzen. Und eben um auch in Frontstellung gegen Syrien zu kommen, um Druck auf die Gegner des Camp-David-Abkommens zwischen Ägypten und Israel zu machen.

Der provokatorische Versuch des US-Außenministers Haig, die Sowjetunion für diese Vorfälle verantwortlich zu machen (die mit dem Freundschaftsvertrag vom Oktober 1980 natürlich ihren Einfluß in Syrien erhöht hat) und sie zu beschuldigen, Syrien zu einer Aggression gegen den Libanon aufgestachelt zu haben, ist in diesem Fall völlig lächerlich. Für die im Libanon entstandene Lage ist einzig und allein die reaktionäre Allianz der Zionisten und der maronitischen Falange verantwortlich, sowie deren gemeinsamer großer Bruder, eben die USA selbst. Und allein ihren Plänen kommt eine Zerstückelung des Libanon entgegen. Wie aggressiv die Zionisten diese Ziele verfolgen, zeigt sich an ihrer Forderung, den libanesischen Luftraum allein Israel zu überlassen und gleichzeitig zu verbieten, Luftabwehrwaffen dort zu stationieren!

kommend, im Lande ein, zerschlugen die Opposition und sicherten der Schamoun-Familie die weitere Herrschaft im Lande.

Aber die Herrschaft der Maroniten-Clans wurde immer wackeliger, je mehr die arabische Bevölkerung, für die die niederen Arbeiten reserviert waren, zunahm. Beirut wurde vom „arabischen Paris“, in dem sich die dekadenten Jetsetter aller Länder tummelten, zu einer Stadt, in der es Streiks und Demonstrationen der Werktätigen gab, vor allem aber zu einem Zentrum des nationalen Kampfes der Palästinenser.

Immer enger schlossen sich die Reichen des Landes an Israel und die USA an, die ihrerseits ihren Druck und ihre Aggressionen gegen das Land immer mehr verstärkten. So kam es zu den militärischen Auseinandersetzungen vor sechs Jahren, die lange andauerten, immer wieder aufflackerten und eigentlich bis heute fortgesetzt werden.

Die arabischen Nachbarstaaten und die UNO entsandten Friedenstruppen, die die ständigen Terrorakte der Falan-



Demonstration gegen Atomkraftwerke in Japan.

Reaktorunfälle in Serie

Japanische Atompläne bedroht

Atom-Kamikazes werden geopfert

TOKIO. — Das Auslaufen von 80 Tonnen radioaktiven Kühlwassers im AKW von Tsuruga hat in der japanischen Öffentlichkeit große Proteste gegen das Atomprogramm der japanischen Regierung hervorgerufen. Deren Zehnjahresplanung sah vor, den AKW-Anteil an der Energieerzeugung in diesem Zeitraum zu verdreifachen.

Nach dem Reaktorunfall von Harrisburg in den USA waren die japanischen AKWs, wie in allen westlichen kapitalistischen Staaten, einer sogenannten Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden, die sie natürlich alle bestanden. In dieser Zeit bis jetzt zum Skandal von Tsuruga waren aber bereits fünf weitere Reaktorzwischenfälle in Japan zu registrieren, von denen drei erst jetzt öffentlich eingestanden wurden.

Die Japan Atomic Power Corporation hatte dafür gesorgt, daß das ausgelaufene radioaktive Kühlwasser, in dem sich Substanzen befanden, die eine Zerfallszeit von dreißig Jahren haben, durch sogenannte Atomkamikazes in das normale Abwassersystem gebracht und ins Meer geleitet wurde.

Die Gesellschaft, an der in Verbindung mit der US-amerikanischen Gesellschaft Westinghouse die beiden größten japanischen Finanzgruppen beteiligt sind und die alle bestehenden 22 AKWs in Japan betreibt, hat so nicht nur das Leben der 56 beteiligten Arbeiter aufs Spiel gesetzt, sondern auch die Gesundheit und die wirtschaftliche Grundlage einer ganzen Region in akute Gefahr gebracht. Denn die Großmärkte im ganzen Land weigern sich zunehmend, Fische aus dem Gebiet vor Tsuruga zu kaufen. Die Fischerei dieser Gegend, in Japan stets eine der wichtigsten kleinunternehmerischen Branchen, ist damit stark gefährdet.

Was jene 56 Arbeiter betrifft, so waren 48 von ihnen Hilfsarbeiter, die von der JAPC gemeinsam mit Hunderten von anderen im ganzen Land zu solchen Einsätzen herangezogen werden, mit dem einzigen Schutz eines Geigerzählers.

Diese „Atomkamikaze“, wie sie die japanische Presse nennt,

waren offensichtlich aber weit aus größeren Stahlenbelastungen ausgesetzt, als amtlich zugelassen — was sonst sollte der Grund dafür sein, daß nicht nur die genauen Meßergebnisse dieser Arbeiter nicht bekanntgegeben werden, sondern in dem Untersuchungsbericht, der der Presse übergeben wurde, überhaupt keine einzige konkrete Zahl über Strahlenbelastungen veröffentlicht wird. Die Regierung, im Energieministerium ohnehin durch ständige Postenwechsel mit der JAPC aufs engste verflochten, schweigt sich ebenso aus wie die Gesellschaft selbst.

So war die Regierung selbst ja auch entscheidend daran beteiligt, daß auch dieser neue Unfall verschwiegen werden sollte: Sechs Wochen danach erst drang dieser Vorfall an die Öffentlichkeit.

Die Werktätigen Japans, ohnehin empört über die atomaren Bestrebungen auf den Inseln, wachgerüttelt durch den Zusammenstoß eines japanischen Kutters mit einem amerikanischen Atom-U-Boot, haben mit zahlreichen Protestkundgebungen begonnen, ihren Widerstand gegen die Atompläne der Regierung zu verstärken. Bei diesen Aktionen war auch die Kommunistische Partei Japans (Linke) dabei, die von Beginn ihres Kampfes an auf die atomaren Pläne der japanischen Militäristen hingewiesen hat.

Den Widerstand gegen die AKWs haben die japanischen Finanzmagnaten bisher dadurch erstickt, daß sie die jeweiligen örtlichen Verwaltungen und Kleinunternehmer mit massiven Bestechungsgeldern und vergleichbaren Aktionen auf ihre Seite zogen. Angesichts der neuesten, immer noch längst nicht völlig offenliegenden Ereignisse dürfte diese Vorgehensweise in Zukunft weniger Erfolg haben.



Zionistischer Bombenkrieg zerstört den Libanon.

„Zeri i Popullit“ widerlegt jugoslawische Lügen

„Wer schürt die Zwietracht unter den Völkern Jugoslawiens?“

Nichteinmischung und Rechte der Albaner betont

TIRANA. — In einem Artikel vom 23. April nimmt das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens Stellung zu den Lügen der jugoslawischen Behörden, der kurz zuvor veröffentlichte erste Artikel über die Lage im Gebiet von Kosova stelle eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien dar.

Nachdem die Zeitung unterstreicht, man habe in dem ersten Artikel sehr wohl eine differenzierte Untersuchung der Lage der Albaner in der Region Kosovo (die der Republik Serbien angegliedert ist) gegeben, die Fortschritte auf kulturellem Gebiet nicht verschwiegen, aber die elende wirtschaftliche Lage angeprangert, fragt sie:

„Vielleicht möchten die jugoslawischen Führer, daß die albanische Presse zu der Tragödie, die sie im Kosovo angerichtet haben, schweigt, während die gesamte Weltpresse wochenlang darüber schreibt und jene begangenen Brutalitäten verurteilt?“

Der Artikel enthüllt die hemmungslose Lügenpropaganda der Belgrader Führung, die sich bis zu hysterischen Drohungen gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien steigert:

„Tatsächlich ging Radio Zagreb so weit, damit zu drohen, daß die Existenz der Sozialistischen Volksrepublik Albanien in Gefahr geraten würde. Zagreb vergißt dabei, daß Albanien sich sehr wohl zu verteidigen weiß, auch ohne Zagreb.“

Der Artikel verweist darauf, daß es niemand als chauvinistische Haltung betrachtet habe, als die jugoslawische Regierung sich für die slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich eingesetzt habe, daß Albanien dies ebenso unterstützt habe wie die jugoslawischen Forderungen nach Rijeka und Triest auf der Pariser Friedenskonferenz.

Es wird noch einmal daran

erinnert, daß Albanien niemals irgendwelche territoriale Forderungen an Jugoslawien gestellt habe, trotz Titos Versprechungen nach dem Krieg, „Kosovo und die anderen von Albanern bewohnten Gebiete gehören Albanien und wir werden sie zurückgeben, nur jetzt nicht, da die großserbische Reaktion solch ein Vorgehen nicht hinnehmen würde“.

Die albanischen Kommunisten weisen in ihrem Artikel nach, daß es den Belgrader Revisionisten darum geht, die Albaner in Kosovo für die nationalistischen Tendenzen in ganz Jugoslawien verantwortlich zu machen, so als ob sie es wären, deren Nationalismus den Bestand der Föderation bedrohen würde.

„Die Föderation wurde vom Titoismus selbst unterminiert, dieser dem Marxismus-Leninismus feindlichen Strömung. Sie wird unterminiert durch das antisozialistische System der Selbstverwaltung, durch die großen Auslandsschulden, in die es Jugoslawien gestürzt hat, durch die dadurch hervorgerufene Inflation, Arbeitslosigkeit, ungleiche Entwicklungen der Republiken und Regionen, die Verelendung der werktätigen Massen und die Auswanderung Hunderttausender.“

„Die Jugoslawen stellen sich selbst als kluge Politiker dar, aber sie sind nicht nur naiv, sondern auch verwirrt. Die Wunden und Splitter stammen nicht aus den Demonstrationen von Prishtina. Sie müssen in der Politik, die von der jugoslawischen

Führung eingeschlagen wird, gesucht werden, im alten und neuen großen Chauvinismus, der vom antisozialistischen System geschaffen wurde. Daher kommt das Übel, das wir genau sowenig wollen wie die brüderlichen Völker Jugoslawiens.“

Es ist wahr, daß die Völker Jugoslawiens die Revolution durchgeführt haben. Trotzdem wurden alte Fehden und Spannungen nicht beseitigt, sie blieben wie glühende Funken unter der Asche, sie blieben Rivalitäten zwischen den Serben, Kroaten, Slowenen, obwohl diese Völker gegen die serbischen Tschetniks und die kroatischen Ustaschas gekämpft haben und sie physisch besiegt.“

„Die Konterrevolution und der ‚Selbstverwaltungssozialismus‘ haben die alten Rivalitäten wiederbelebt und den serbischen Hegemonismus auf der einen, sowie den kroatisch-slowenischen Hegemonismus auf der anderen Seite. Diese Hegemonismen und nicht der albanischen ‚Chauvinismus‘ unterminieren die jugoslawische Föderation.“

In diesem üblen Spiel, so schreibt die Zeitung weiter, waren die Albaner in Jugoslawien für die jugoslawischen Politiker Bauern auf dem Schachbrett, denen gegenüber nicht nur eine falsche, sondern auch eine wilde, vernichtende Politik gemacht wurde. Die Albaner verhielten sich dagegen ruhig. Als Kosovo später eine autonome Region in Serbien wurde, änderte sich nichts daran, daß dies die wirtschaftlich ärmste und politisch vernachlässigteste Region blieb. Unter diesen Bedingun-

gen, so unterstreicht „Zeri i Popullit“, hat das Volk von Kosovo den Status einer eigenständigen Republik im Rahmen der jugoslawischen Föderation gefordert.

Dies habe man unterstützt und werde man auch weiterhin unterstützen, seine Meinung dazu sagen, wie dies etwa die jugoslawischen Politiker in bezug auf die polnische Arbeiterbewegung ebenfalls täten, ohne deswegen von Albanien der Einmischung bezichtigt zu werden.

Abermals erneuern die alba-

nischen Kommunisten in dieser Antwort auf die jugoslawische Hetze das Verlangen, man müsse an diese Fragen ruhig, mit kühlem Kopf und dem Wunsch nach echter Klärung herangehen. Albanien habe, so schließt der Artikel, trotz aller politischer und ideologischer Differenzen zu den Belgrader Revisionisten stets und in letzter Zeit verstärkt die gute Nachbarschaft gesucht und dabei seien von beiden Seiten gute Erfahrungen gemacht worden, dies sollte fortgesetzt werden.

Folter in der Türkei

„Wegen einer Schreibmaschine wurde mein Bruder zu Tode gefoltert“

In der Nummer 9 von „Devrimin Sesi“ (Stimme der Revolution) wurde ein Artikel über den zu Tode gefolterten Sükrü Gedik aus Karakocan veröffentlicht. Seine Schwester, die in Westdeutschland lebt, sandte der Zeitung „Emergin Sesi“ den nachfolgend abgedruckten Brief, in dem die näheren Umstände seiner Ermordung aufgedeckt werden.

Am 12. November kam ein faschistischer Militärtrupp, angeführt von einem Leutnant, in unser Haus. Sie fragten nach Sükrü. Die Mutter sagte, ihr Sohn sei zum Arzt gegangen, um sich seinen geschwollenen Fuß behandeln zu lassen. Der Leutnant daraufhin: „Zum Arzt hätte er nicht gehen brauchen, ich hätte seine geschwollenen Wunden schon behandelt.“ Drei Stunden lang wurde das Haus nun durchsucht, wobei der Leutnant selbst meine Mutter schlug. Als mein Vater zum Essen heimkam, fand er sich inmitten von Soldaten. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt, und auch er wurde geschlagen. Sie fragten ständig, wo Sükrü wäre. Nach all dem, als sie schon dabei waren, Vater auf die Polizeiwache zu bringen, kam Sükrü heim. Auch er wurde gefesselt, ihm wurden die Augen verbunden, und sie nahmen ihn und meinen Vater mit.

Der Grund, weshalb sie ihn mitnahmen, ist eine Schreibmaschine, die im Hause gefunden wurde. Ich hatte ihm diese Maschine geschenkt, als ich 1977 Urlaub daheim machte. Aber der Faschistenleutnant sagte: „Du schreibst Flugblätter mit dieser Maschine, nicht wahr?“ und schlug ihn. Zur selben Zeit wurde mein Vater in einem anderen Raum ebenfalls geschlagen. Sie konnten sich gegenseitig schreien hören. Beide hatten immer noch verbundene Augen.

Als mein Vater heimkam, war sein Körper übersät mit Wunden von Elektroschocks. Mein Bruder wurde festgehalten.

Vater zufolge wurden zur selben Zeit noch 12 weitere Personen auf der Polizeiwache gefol-

tert. Alle waren nackt. Er vermutete, daß einige Leute gestorben seien.

Über eine Woche lang hörten wir nichts von meinem Bruder. Dann wurde mein Vater aufs Revier gerufen. Die ganze Zeit über hatten sie gesagt, er sei am Leben. Aber mein Bruder wurde am Tag seiner Gefangennahme getötet.

Vater schilderte, was er sah: „Die Wache sagte, dein Sohn ist am Leben, aber Du mußt mir bezahlen, um ihn sehen zu dürfen. So gab ich 1 500 Lira und ging hinein. Da waren lauter Leichen, ich erkannte meinen Sohn an seinen Kleidern. Es war furchtbar. Sein ganzer Körper war von Wunden übersät. Sein Kinn und seine Schädeldecke waren ineinandergeschoben, über und über mit Blut beschmiert, seine Fingernägel ausgerissen, seine Arme gebrochen. Ich meine, er sah überhaupt nicht wie ein Mensch aus.“

Sie trösteten mich damit, daß mein Sohn keines Vergehens schuldig sei. Das Begräbnis fand unter Polizeüberwachung statt. Nicht einmal Nachbarn durften teilnehmen. Sie standen als Wachen an seinem Grab und ließen niemanden nahekommen. Sie hatten noch nicht einmal nach der Autopsie seinen Körper wieder verschlossen, deshalb fielen seine inneren Organe heraus.

ANMERKUNG: Sükrü Gedik in Karakocan, Tunceli geboren, war Lehrer an der Gebze Grundschule. Er war Mitglied der TÖB-DER, der Massenorganisation der Lehrer. 1977 bat er in Westdeutschland um Asyl, kehrte aber in die Türkei zurück, als dies abgelehnt wurde.

Italien: Staatsausgaben um 10 Milliarden gekürzt!

ROM. — Am Gründonnerstag beschloß die italienische Regierung, die Staatsausgaben um umgerechnet zehn Milliarden Mark zu kürzen.

Besonders betroffen ist davon die Gesundheitsfürsorge für die Werktätigen des Landes: Sie sollen in Zukunft wesentlich mehr für Krankenkassen bezahlen und auch für jeden einzelnen Arztbesuch bezahlen müssen.

Mit diesem Kürzungsprogramm verbunden ist eine erneute Kampagne zur Abschaffung der gleitenden Lohnskala, die sich die Werktätigen Italiens durch große Streikämpfe in den letzten Jahren erkämpft hatten, um so der Inflation zu begegnen.

Zum ersten Mal haben sich jetzt die christliche und die sozialdemokratische Gewerkschaft bereit erklärt, in Gespräche über diese Lohnskala einzutreten. Die revisionistische Gewerkschaft lehnt dies bisher ab.

Skandinavien: Streikbewegungen in Dänemark und Schweden

STOCKHOLM/KOPENHAGEN. — In verschiedenen Zweigen der Wirtschaft der beiden Ländern dauern Streikbewegungen an oder werden neue vorbereitet.

In Dänemark dauerte der Streik in den Druckereien nach wie vor an, den die Arbeiter um höhere Löhne und gegen die Einführung neuer Techniken bei den Schriftsetzern führen, die eine Arbeitsplatzgarantie fordern.

Ebenfalls fortgesetzt wird der Streik der dänischen Fluglotsen, der vor allem im Inland große Wirkung gezeigt hat. Die Fluglotsen wollen mit ihrem Kampf die Erhöhung der Planstellen durchsetzen. Die Assistenzärzte haben ebenfalls bereits Warnstreikaktionen durchgeführt, um mehr Stellen bewilligt zu bekommen, während die Arbeiter der in Dänemark wichtigen Schlachthäuser mehr Lohn fordern.

In Schweden streiken die Angestellten der Exportunternehmen, worauf die Kapitalisten mit Aussperrung geantwortet haben. Diese Streiks in beiden Ländern finden nach der Beendigung der Tarifverhandlungen statt.

Europäische Gemeinschaft: Wachsende Armut

BRÜSSEL. — In einer von der EG-Kommission angeregten Untersuchung über die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung kommen selbst die Brüsseler Bürokraten zum Ergebnis, daß die Armut in der EG im Wachsen ist.

30 Millionen Menschen leben in den untersuchten neun Mitgliedsländern in Armut, zehn Millionen in größter Armut. Allein fünf Millionen davon sind Italiener. In Irland, so der Bericht, habe der EG-Beitritt dazu geführt, daß ungefähr zehnmal so viele Menschen ärmer dabei geworden seien, als davon profitiert hätten. Auch in Frankreich seien in den letzten Jahren die Einkommen immer weiter auseinandergegangen. Und auch in den reichen Niederlanden liegt immerhin jede zehnte Familie mit ihrem Einkommen unter der Hälfte des nationalen Durchschnitts.

Polizeiaktionen im ganzen Land

Neuer Putsch in Spanien geplant?

Der König wird der Mittäterschaft angeklagt

MADRID. — In der Nacht zum 1. Mai zog die spanische Polizei zum Großeinsatz, vor allem in der Gegend von Madrid, aus: Eine Druckerei, Vertriebsstellen und Kioske wurden umzingelt. Das Ziel: völlige Beschlagnahme der Auflage der Zeitung „Diario 16“. Die regierungsnahen Zeitung hatte in dieser Ausgabe mit dem Abdruck der ihr zugespielten Protokolle des Putschisten Tejero begonnen.

Und Tejeros Aussagen waren „heiß“. So beschuldigte er den König des Verrats. Dieser, so Tejero, habe von dem geplanten Putsch alles gewußt und sei bereit gewesen, mitzumachen, und habe erst auf Druck der politischen Parteien den Putsch veranlassen.

Natürlich wird diese Aussage jetzt in der Weltpresse als lächerlich dargestellt, denn: Es war doch der König, der mit seiner Haltung, seiner Mobilisierung verfassungstreuer Militäreinheiten den Putsch verhindert hat, oder nicht?

Die seitdem zutage getretenen oder geschaffenen Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache.

1. Was die überführten Putschisten vom 23. Februar selbst betrifft, so sitzen sie zwar im Gefängnis, bekommen dort aber Restaurantverpflegung, haben vier Stunden täglich Besuchszeit, in denen die Faschisten aus dem ganzen Land zu ihnen pilgern und haben die Freiheit, serienweise Zeitungs-

artikel zu veröffentlichen. Gegen einen offenen Rechtfertigungsartikel Tejeros im „ABC“ wurden selbstverständlich keinerlei Polizei- oder Zensurmaßnahmen ergriffen. Diese Freiheiten gelten sowohl für die drei (!) Generäle, die festgenommen wurden, als auch für Tejero selbst.

2. Obwohl seit dem Putsch jetzt zweieinhalb Monate vergangen sind, wurden bisher keinerlei Schritte zur Durchführung des Prozesses wenigstens gegen die Handvoll inhaftierter Putschisten gemacht — im Gegenteil! Die spanische Presse handelt seit längerer Zeit in aller Offenheit damit, daß es den Faschisten darauf ankommt, im Prozeß freigesprochen zu werden, dem dienen auch die Pilgerkampagne in die Gefängnisse und die Rechtfertigungen und Zweifel der konservativen Presse.

3. Obwohl bekannt ist, daß dies nicht der erste Putschversuch war, daß im Gegenteil schon viermal zuvor von der Ge-

neralität solche Versuche gestartet wurden, hat der König persönlich jede weitergehende Säuberung unter der Masse der faschistischen Offiziere verhindert. Die Planer früherer Putsche, die auch beim letzten Mal mitgespielt haben, sitzen aber nach wie vor an den militärischen Schaltstellen.

4. Die Massenaufmärsche der Faschisten, die konzentrierte Hetzkampagne der faschistischen Presse, die von der Rechtspresse im allgemeinen mitgetragen wird, sowie die vor dem 1. Mai ausgerufenen Alarmzustände für Sondereinheiten der Armee zeigen überdeutlich, daß die Strukturen für einen neuen Putsch nach wie vor vorhanden sind, und daß es genügend Kräfte gibt, die diesen durchführen wollen.

Alles dies wird heute geschützt durch den König und die Regierungsparteien. Vor diesem Hintergrund wird die Bezeichnung „Verräter“, die Tejero für den König benutzte, schon wesentlich wahrscheinlicher. Politisch trennt den von den Faschisten installierten Monarchen von den Faschisten nicht viel. Persönlich ist er mit der Generallität auf's engste verbunden. Militärisch ist seine Position außerordentlich wichtig.

Kommt mit nach Kanada!

Ich bin dabei. Ich fahre mit der Roten Garde 1981 nach Kanada. Die Fahrt findet vom 22. Juli bis voraussichtlich 14. August statt, der Preis liegt bei 1 000 Mark. (Genauer Preis wird noch festgelegt).

Name:
Straße:
Wohnort:
Unterschrift:

(Bitte deutlich schreiben und einschicken an:

Rote Garde
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Schüler mauern Rathaus zu

HAMBURG. — 57 Schulen sollen innerhalb der nächsten neun Jahre in Hamburg geschlossen werden — diese asoziale Absicht verfolgt der Schulsenator Joist Grolle mit seinem „Schulentwicklungsplan“ (SEPL). Bereits Ende Februar demonstrierten 20000 Hamburger Schüler gegen dieses Vorhaben.

Etwas Besonderes ließen sich nun die Schüler eines Hamburger Gymnasiums einfallen.



Als die etwa 50 Angestellten des kleinen Rathauses im südlichen Hamburger Vorort Harburg wie gewohnt ihren Dienst antreten wollten, standen sie vor einer Mauer. Der Haupteingang des Gebäudes war nicht mehr zu sehen!

In einer nächtlichen Blitzaktion hatten Eltern und Schüler die Tür mit Glasbetonsteinen zugemauert. Sie protestierten damit gegen die geplante Schließung des Gymnasiums Göhlbachtal. Neben der drei Meter breiten und zwei Meter hohen Mauer befand sich ein Transparent mit der Aufschrift: „Machst Du uns die Schule zu, machen wir's genau wie Du!“.

„Ordentliche Arbeit!“ stellte ein Baufachmann der Behörde fest, als er die Mauer begutachtete. Und weil die Schüler und ihre Eltern nicht solche rücksichtslosen Zerstörer wie der Hamburger Schulsenator sind, hatten sie das wertvolle Eichenportal des Rathauses vor dem Beginn ihrer Arbeit mit Plastikfolie abgedeckt.

Senator Grolle dürfte gemerkt haben, daß die Hamburger Schüler nicht gewillt sind, ihren Protest auf einmalige Aktionen zu beschränken. Die Harburger Aktion war bestimmt für alle Hamburger Schüler Ansporn, sich weitere Maßnahmen einfallen zu lassen, um ihr Ziel zu erreichen: Der SEPL muß weg!

Stadtverwaltung gegen Zigeuner

„Politik der Vertreibung“

BONN. — Mit einer Strafanzeige der Polizei gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Thüsing fand der Streit um die Anwesenheit einer Gruppe von Zigeunern in Bonn seinen vorläufigen Höhepunkt.

Anfang des Jahres war eine Gruppe von 50 staatenlosen Rom-Zigeunern nach Bonn gekommen. Mit Vermittlung von Thüsing hatten sie in einer leerstehenden Etage des vom Franziskaner-Orden betriebenen Kollegs St. Ludwig Unterkunft gefunden. Weil die Zigeuner keine Pässe besitzen und immer wieder Schikanen von Seiten der Behörden zu erleiden hatten, stellte ihnen Thüsing auch Identitätsbescheinigungen aus. Damit sollten sie beispielsweise bei Überprüfungen oder gar Festnahmen durch die Polizei wenigstens ihre Identität nachweisen können.

Diese begrüßenswerte Hilfe-

stellung des Abgeordneten für Angehörige einer Minderheit, die von den deutschen Faschisten in den KZs vernichtet wurde und die heute immer noch verfolgt wird, brachte ihm eine Anzeige der Polizei wegen Verdachts auf Amtsanmaßung ein. Die Gruppe der Rom-Zigeuner will die Bonner Stadtverwaltung so schnell wie möglich wieder loswerden.

Der Franziskaner-Orden hat Thüsing (der formal Mieter der von den Zigeunern bewohnten Etage ist) aufgefordert, die Etage zu räumen, weil das Haus jetzt verkauft würde. Die Stadtverwaltung weigert sich, andere Räumlichkeiten zur Verfügung

zu stellen. Der zuständige Dezernent Raven erklärte dazu, Zigeuner wären im Regelfall „nicht integrierbar“. Sie neigten eher zur „Abkapselung und Absonderung“. Im übrigen sei die Stadt auch außerstande, ein anderes Quartier zu finden. Im gleichen Atemzug mußte der Dezernent jedoch einräumen, daß in Bonn viele Häuser leerstehen.

Raven schreckte auch nicht davor zurück, die Rom-Zigeuner zu verleumden, indem er einen „Zusammenhang“ zwischen deren Anwesenheit in Bonn und der angestiegenen Zahl von Diebstählen konstruierte. Klaus Thüsing nannte dieses üble Vorgehen der Bonner Stadtverwaltung zu Recht eine „Politik der Vertreibung“ und Strategie der Kriminalisierung.

Herr Tejero liebt Meeresfrüchte

MADRID. — Da soll sich noch mal einer über die Zustände in spanischen Gefängnissen beschweren! Einzelhaft, schlechte Behandlung, Folter gar — nicht die Spur! Zustände wie in einem Erholungsheim herrschen dort selbst für politische Gefangene.

Allerdings nur, wenn sie die richtige — rechte — Gesinnung vorweisen können.

Wie zum Beispiel Oberstleutnant Antonio Tejero von der Guardia Civil, Führer des Militärputsches vom 23. Februar. Es geht ihm wahrlich nicht schlecht in seinem „Gefängnis“ in der Militärfestung La Palma am Rande des Atlantiks.

Damit er sich nicht einsam fühlt, darf er jeden Tag von vier bis acht Uhr Besuche empfangen. Diese Zeit dürfte ihm auch reichen, denn bei bis zu 40 Verhörern in diesen vier Stunden wäre eine Ausdehnung des Besuchszeitraums eine unzumutbare Strapaze.

Die Zeit ist gerade für intensiven Erfahrungsaustausch und neues Planeschmieden mit den Kadern der militäntanten „Fuerza Nueva“ und ähnlichen Organisationen, für die Tejero verständlicherweise den Inbegriff spanischer Tugenden darstellt.

Zeit braucht und läßt sich Tejero auch für seine ausführlichen Mahlzeiten, die ihm oft aus den Restaurants der Umgebung gebracht werden. Anonyme Anhänger zahlen. Wer auch etwas beitragen möchte: Tejero ißt besonders gerne Meeresfrüchte...

Auch den Rest des Tages, der nach gesundem, erholsamem Schlaf noch bleibt, weiß Tejero sinnvoll zu nutzen. Etwa durch Schreiben seines Lebenslaufs, dem Formulieren seiner politischen Zielvorstellungen, eine Tätigkeit, mit der er zugleich beiträgt zur politischen Bildung aller Menschen in seinem Lande, denn natürlich finden sich Zeitungen, die seine journalistischen Meisterwerke abdrucken. Die „ABC“ z.B. auf ihren ersten Seiten.

Zwölf bis 30 Jahre soll Te-

jero so aushalten, wenn er tatsächlich verurteilt wird. Wie die Lage im heutigen Spanien aussieht, wird das nur mit seinem Einverständnis und dem seiner Freunde zu machen sein, und es ist stark anzunehmen, daß ihm trotz aller Vergünstigungen die Zeit wesentlich früher zu lang wird, daß er auch mal wieder in einem anderen Hotel wohnen möchte. Zum Schmieden von Zukunftsplänen hat die Zeit jetzt schon allemal gereicht.

Es soll in Spanien Menschen geben — und gar nicht so wenige — denen es auch lieber wäre, wenn Tejero nicht mehr in La Palma säße, auch wenn sie nicht zu seinen Freunden zählen. Die ihn und seinesgleichen lieber liegen sähen, ungestört und warm zugedeckt mit sechs Fuß spanischer Erde. (Falls so viel zu erübrigen ist.)

Diesen letzten Komfort wird Tejero das heutige Regime allerdings nicht freiwillig bieten. Die Völker Spaniens sammeln ihre Kräfte, um mit dem Sturz dieses Systems den Weg auch für diese tiefst humanitäre Maßnahme freizumachen.

Springer und Co. hetzen gegen „DDR-Spion“

Rufmord an IGM-Sekretär

HAMBURG. — „Gewerkschafter als Spion in U-Haft!“ schrieb die „BILD“-Zeitung. Und, wie passend: „Er entschied über Kommunisten als Lehrer.“ Die Springer-Presse hatte wieder eine gewerkschaftsfeindliche Gruselstory, die von anderen Zeitungen weitgehend übernommen wurde. Hermann Gaßmann, IGM-Metall-Sekretär, ist schon öffentlich verurteilt, bevor die Ermittlungen überhaupt abgeschlossen sind, die ihn als DDR-Agenten hinstellen sollen.

Hunderte von Gewerkschaftern aber setzen sich für ihren Kollegen ein.

Mit einem Brief wandten sich Mitglieder der IGM an Kollegen. Darin heißt es:

„(...) sicherlich habt ihr auch gelesen, in welcher unverantwortlichen Weise die Presse die Tatsache von der Verhaftung des Kollegen H. Gaßmann kommentiert hat, und das zum Teil mit unwarhen Fakten!

Wir glauben nicht, daß diese Vorgehensweise ohne Stellungnahme unsererseits hingenommen werden sollte. Wir beabsichtigen deshalb, eine Protestanzeige mit den Unterschriften derjenigen Kolleginnen und Kollegen in die „Hamburger Morgenpost“ setzen zu lassen, die diese quasi vorweggenommene Verurteilung ebenfalls ungeheuerlich finden. (...)“

Etwa 300 Kollegen, überwiegend Funktionäre der IGM in Hamburg, ermöglichten es durch ihre Spenden, daß die Anzeige in diesen Tagen erscheinen wird. (Eine Viertelseite kostet knapp 3000 Mark). Sie hat folgenden Wortlaut:

Wir protestieren!

Unser Kollege Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der IG Metall, ist am 28. 3. 1981 verhaftet worden. Er wurde unter erschwerte Haftbedingungen gestellt und am fünften Tag in das Untersuchungsgefängnis nach Bonn verlegt.

Bevor umfassende Verdachtsmomente bekannt waren, hat die Presse in unverantwortlicher Weise über seine Verhaftung berichtet.

Im Gegensatz zum rechtsstaatlichen Prinzip, daß der Zweifel zunächst einmal für den Angeklagten sprechen soll, wurde hier über private Details, wie voller Name, Adresse, Familienangehörige und unbewiesene Behauptungen geschrieben. Dies mußte für den Leser den Eindruck erwecken, hier handele es sich um einen bereits überführten Agenten einer fremden Macht.

Das ist Rufmord!

Wir kennen den Kollegen Hermann aus langjähriger, gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit. Er ist ein engagierter Kollege, der auch mit unbequemen Meinungen nie hinter dem Berg gehalten hat.

In der bisherigen Berichterstattung durch die Presse sehen wir den Versuch, nicht nur einen aktiven Gewerkschafter, sondern uns alle einzuschüchtern und mundtot zu machen. Das ist nicht neu.

Wie schnell engagierte Demokraten durch verantwortungslose Presseberichte kriminalisiert werden, zeigen die Fälle Klaus Traube und Heinz Dürbeck.

Als aktive Gewerkschafter fordern wir

- sachliche Berichterstattung durch die Presse;
- schnelle und umfassende Aufklärung;
- Offenlegung der Haftgründe;
- keine Vorverurteilung ohne rechtskräftiges Urteil.

Faschistisches Theater

HEIDELBERG. — Ein neuer Beitrag zur „Hitler-Welle“, von der sich die Neonazis nach eigenen Aussagen in ihrem Treiben ermutigt fühlen — besonders bekannt wurde der Fest-Film „Hitler — eine Karriere“ — soll im Mai in Heidelberg und Berlin buchstäblich über die Bühne gehen: die Theaterinszenierung eines Goebbels-Romans.

Aufmerksam wurden wir durch Zeitungsanzeigen wie diese:

Goebbels-Roman als Lesung

Eine ungewöhnliche Uraufführung plant das Heidelberger Stadttheater: Der Jugendroman „Michael — ein deutsches Schicksal“ von Joseph Goebbels, Hitlers Reichspropagandaminister, soll als szenische Lesung voraussichtlich am 16. Mai erstmals präsentiert werden. Das vom Heidelberger Dramaturgen Jan Kaestner bearbeitete Werk wird auch beim Berliner Theatertreffen am 24. und 25. Mai vorgestellt. Der Roman entstand Anfang der zwanziger Jahre und wurde 1933 erstmals veröffentlicht. Goebbels, früher selbst Student in Heidelberg, erzählt darin die Geschichte eines jungen Mannes, der als „völkischer Schwärmer“ zunächst weder an der Universität noch in der Liebe Erfolg hat. Sein Leben ändert sich, als er durch eine Begegnung mit Adolf Hitler zu seiner vermeintlichen Bestimmung findet. (dga)

Aus diesen Vorhaben darf nichts werden! Antifaschisten in den betroffenen Städten haben ihn-

ren Widerstand angekündigt. Auch juristische Schritte werden geprüft.

Stoppt die Nazi-Nostalgie!
Verbot faschistischer Schriften und Propaganda!

Tips

Samstag, 9. Mai, 10.23 Uhr, ARD/ZDF

Die Mörder sind unter uns. Im Vormittagsprogramm wird Wolfgang Staudtes antifaschistischer Film aus dem Jahr 1946 wiederholt. Mit Arno Paulsen, Ernst Wilhelm Borchert und Hildegard Knef.

Samstag, 9. Mai
21.10 Uhr, WDR III

Entstehung einer Mahlzeit. Regisseur Luc Moullet hat in seinem Film die Bestandteile einer gewöhnlichen Mahlzeit zu den Quellen ihrer Produktion verfolgt — zu den landwirtschaftlichen Betrieben Europas und den Plantagen der „Dritten Welt“. Er zeigt dabei vor allem, wer auf dem langen Weg, den ein Ei oder eine Banane vom Produzenten bis zum Verbraucher nehmen, das große Geld macht.

Sonntag, 10. Mai
10.30 Uhr, ZDF

ZDF-Matinee. Zwei der schönsten kurzen Stummfilme von Charles Chaplin. In „Ein Hundeleben“ spielt Chaplin seine Paraderolle, den armen Tramp. In „Der Pilger“ ist Charlie ein ausgebrochener Sträfling, der auf seiner Flucht in die Rolle eines Pfarrers schlüpft.

Montag, 11. Mai
20.15 Uhr, ARD

Exil. Vierter Teil der Fernsehserie von Egon Günther nach dem gleichnamigen Roman von Lion Feuchtwanger über den Kampf der von Hitler ins französische Exil getriebenen Antifaschisten.

Montag, 11. Mai
23.00 Uhr, ARD

Das Bergwerk. In der kleinen Werkschau mit drei türkischen Spielfilmen wird heute Y. Özkans Film aus dem Jahr 1978 gezeigt. Es geht dabei um den Kampf von Bergarbeitern für notwendige Sicherheitsmaßnahmen in ihrer Zeche. Sie müssen sich dabei nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen korrupte Gewerkschaftsbözen zur Wehr setzen.

Mittwoch, 13. Mai
22.15 Uhr, WDR III

Die Macht und ihr Preis. Francesco Rosi (von dem vor wenigen Wochen „Christus kam nur bis Eboli“ im ZDF zu sehen war) hat in diesem Spielfilm eines der brisanten Themen des heutigen Italiens aufgegriffen. Es geht um die „Strategie der Spannung“, mit der Faschisten und ultrareaktionäre Kräfte im Staatsapparat ein Klima für einen Militärputsch schaffen wollen. Mit Lino Ventura, Max von Sydow und Alain Cluny.

Donnerstag, 14. Mai
21.15 Uhr, ARD

Eine kleine Schlachtmusik. Satirische Sendung von und mit Dieter Hildebrandt.

Donnerstag, 14. Mai
20.20 Uhr, NDR III

Falstaff. Film von Orson Welles nach Shakespeare. Mit Orson Welles und Jeanne Moreau.

Freitag, 15. Mai
23.00 Uhr, WDR III

Begegnung mit Christian Friedrich Daniel Schubart. Film über den schwäbischen Dichter, eine der bedeutendsten revolutionären Persönlichkeiten des 18. Jahrhunderts.



SCHMETTERLINGE

Verdrängte Jahre

Eine Revue der „Schmetterlinge“

In der vergangenen Woche stellten die „Schmetterlinge“ ihr Programm „Verdrängte Jahre“ zum ersten Mal in der Bundesrepublik vor. Es ist eine Revue über die Zwischenkriegszeit in Österreich nach Texten von Jura Soyfer, der heute zumeist nur noch als Verfasser des Dachaulieds bekannt ist.

Verdrängte Jahre — schon der Titel der Revue zeigt an, daß es den „Schmetterlingen“ hier nicht um einen historischen Bilderbogen, um eine nostalgische Rückschau auf eine bewegte Zeit großer Kämpfe geht. Die verdrängten Jahre sollen vielmehr der Vergessenheit entrissen werden, um die damals gewonnenen Erfahrungen für die heutigen Kämpfe fruchtbar zu machen. Und tatsächlich sind die vor einem halben Jahrhundert geschriebenen Texte des Jura Soyfer von bestürzender Aktualität.

Die „Schmetterlinge“ haben ihr neues Programm mit großem Geschick aufgebaut. Was sie vorführen ist nicht eine Montage nur lose aneinandergeknüpfter Lieder und Spielszenen, sondern ein einheitliches Stück mit einer inneren dramatischen Entwicklung. Diese Geschlossenheit der Revue wird in erster Linie dadurch erzielt, daß Jura Soyfers Romanfragment „So starb eine Partei“ den roten Faden bildet, die Klammer, von der die einzelnen Teile der Revue zusammengehalten werden.

Soyfer hat seinen Roman im Jahr 1934, nach dem gescheiterten Aufstand der österreichischen Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur, begonnen. Er selbst hatte in diesem Jahr den endgültigen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen

und sich der kommunistischen Partei angeschlossen. Sein Roman gibt nicht nur eine Chronologie des österreichischen Klassenkampfes, beginnend mit dem Zerfall der Donaumonarchie und der Errichtung der Republik als Ergebnis des ersten Weltkriegs. Soyfer entfaltet vor allem eine Psychogramm der sozialdemokratischen Partei, ihrer reformistischen Führung und ihrer revolutionären Basis.

Sein Ausgangspunkt dabei ist die entscheidende Frage, die nicht nur in Österreich, sondern auch bei uns in Deutschland gestellt war: Wie konnte es den Kräften der äußersten Reaktion gelingen, eine in der Nachkriegszeit mächtig erstarkte, organisierte und disziplinierte handelnde Arbeiterklasse niederzuschlagen und sie unter das Joch einer faschistischen Diktatur zu zwingen? Soyfer gibt darauf keine abstrakte Antwort. Er gestaltet vielmehr im Personal seines Romans, das sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der SP zusammensetzt, das Porträt einer Partei, die vom Reformismus zerfressen ist. Einer Partei, die nicht nur die Frage der Machtgewinnung längst auf das Erreichen einer parlamentarischen Mehrheit reduziert hat, sondern die auch unfähig ist, die Kraft des Proletariats für die Abwehrschlacht gegen den aufkommenden Faschismus zu organisieren.

Die „Schmetterlinge“ haben nun einzelne Passagen aus diesem Roman herausgelöst und zu Spielszenen umgewandelt, die sie mit schauspielerischer Professionalität gestalten. Vorgeführt werden Figuren wie der Parlamentsabgeordnete Dreher, der längst mit dem bürgerlichen System verwachsen ist, oder der

Lokomotivführer und Gewerkschaftsfunktionär Dworak, der von den Kollegen seines Betriebs als Autorität anerkannt wird, aber letztlich nicht die Kraft aufbringt, der verräterischen Führung seiner Partei entgegenzutreten. Daneben die Arbeiter des Schutzbundes, einer bewaffneten Formation der Sozialdemokratie, die sich auf die entscheidende Schlacht vorbereiten, dann in den entscheidenden Tagen aber von ihrer Führung im Stich gelassen werden.

Hier gelingen den „Schmetterlingen“ eindringliche Szenen. Als Beispiel sei nur die Darstellung einer proletarischen Massendemonstration genannt — es ist die erste, an der sich Sozialdemokraten und Kommunisten (die in Österreich wesentlich schwächer waren als etwa in Deutschland) gemeinsam beteiligen. Deutlich wird die Notwendigkeit der Einheitsfront, des einheitlichen Handelns gegenüber der drohenden faschistischen Gefahr. Aber es wird auch schmerzhaft sichtbar, wie gefährdet diese Einheitsfront noch ist. So verlieren sich die Demonstranten — statt sich auf das gemeinsame Ziel ihres Aufmarsches zu konzentrieren — in politische Streitgespräche, wobei die Kommunisten von der Sache her durchaus Recht haben, sich aber taktisch höchst unklug gebärden.

Die „Schmetterlinge“ haben die von ihnen dramatisierten Passagen aus dem Romanfragment mit Liedern verbunden, die sie nach Gedichten von Jura Soyfer komponiert haben. Daneben sind in die Revue auch Teile von Stücken eingefügt, die Soyfer nach der Machtübernahme des Faschismus für Wiener Kleinkunstbühnen geschrieben hat. Hier mußte sich Soyfer der Sklavensprache bedienen, ein Problem, das er überaus gekonnt durch einen Rückgriff auf die alten Traditionen des Wiener Volksstücks mit seinen märchenhaften Elementen löste. Diese Stücke sind scheinbar im Nirgendwo angesiedelt, in der versunkenen Stadt Vineta oder im Paradies; sie zeigen irrealen Situationen, wie etwa die Erwartung des Weltuntergangs durch den Zusammenstoß der Erde mit einem Kometen.

Tatsächlich aber hat Soyfer in diesen Stücken mit poetischer Kraft und satirischer Schärfe die Alltagsprobleme der Menschen gestaltet, an die er sich wandte.

Bezeichnend dafür, wie scheinbar unpolitische Komik unversehens in eine Anklage gegen das System umschlägt, ist etwa der Dialog zwischen dem Arbeitslosen Edi und seiner Freundin Fritz. (Aus: „Der Lechner-Edi schaut ins Paradies“). Edi beginnt zu flunkern, steigert sich immer mehr in Auf-

schneidereien hinein, erzählt über Reisen nach Amerika und die Mädchen in der Südsee. Fritz nimmt alles für bare Münze; erst als Edi nebenbei erwähnt, daß er früher einmal Arbeit gehabt hat, hält sie das für ein Märchen.

Dadurch, daß die „Schmetterlinge“ in ihrer Revue verschiedene Teile aus Jura Soyfers Werk miteinander kombinieren, können sie die in den „Verdrängten Jahren“ behandelte Problematik noch weiter vertiefen, indem sie den Vormarsch des Faschismus in den Jahren der großen Krise aus verschiedenen Blickwinkeln und in verschiedenen Einzelaspekten zeigen. Aber ob es dabei um die Militarisierung oder um die Klassenjustiz geht — niemals kann sich der Zuschauer als bloßer Betrachter einer Abfolge geschichtlicher Ereignisse fühlen. Alles zielt unmittelbar auf die Gegenwart, in der ja — wenn auch unter veränderten Bedingungen — der gleiche Mechanismus von Krise, Faschismus und Krieg längst in Gang gekommen ist.

Die eigentliche Stärke der Revue „Verdrängte Jahre“ besteht darin, daß die „Schmetterlinge“ in der Darstellung historischer Abläufe nicht nur vor einer Wiederholung dieser Entwicklung warnen, sondern, daß sie auch positive Antworten geben: Sie zeigen in der Aufbereitung der Erfahrungen, die Jura Soyfer literarisch gestaltet hat, die Notwendigkeit der Einheitsfront, der entschiedenen Bekämpfung allen Kompromißertums in den Reihen der Arbeiterbewegung und schließlich auch die Notwendigkeit einer revolutionären Führung des Kampfes gegen die faschistische Gefahr.

Am Ende der Revue steht das Dachaulied, von Jura Soyfer im Konzentrationslager geschrieben. 1939, in dem Jahr, als die deutschen Faschisten den Zweiten Weltkrieg entfachten, ist der österreichische Dichter an den Folgen einer Typhuserkrankung im KZ Buchenwald gestorben. Das Dachaulied als Schlußpunkt der „Verdrängten Jahre“ ist Mahnung und Appell, alles daranzusetzen, damit nicht wieder einmal die Hoffnungen der arbeitenden Menschen in den Lagern und Gefängnissen einer faschistischen Morddiktatur erstickt werden.

Gleichzeitig mit der deutschen Uraufführung der „Verdrängten Jahre“ ist bei Eigelstein eine Platte erschienen, die eine Auswahl von Liedern aus der Revue bringt.

Das Lied von der Erde

Von Jura Soyfer

Denn nahe, viel näher, als ihr es begreift,
Hab ich die Erde gesehn.
Ich sah sie von goldenen Staaten umreift,
Vom Schatten des Bombenflugzeugs gestreift
Und erfüllt von Maschinengedröhn.
Ich sah sie von Radiosendern bespickt;
Die warfen Wellen von Lüge und Haß.
Ich sah sie verlaust, verarmt — und beglückt
Mit Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde,
In Armut und in Reichtum grenzenlos.
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß.

Denn nahe, viel näher als ihr es begreift,
Steht diese Zukunft bevor.
Ich sah, wie sie zwischen den Saaten schon reift,
Die Schatten vom Antlitz der Erde schon streift
Und greift zu den Sternen empor.
Ich weiß, daß von Sender zu Sender bald fliegt
Die Nachricht vom Tag, da die Erde genas.
Dann schweigt diese Erde, erlöst und beglückt,
In Reichtum ohne Maß.

Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde,
In Armut und in Reichtum grenzenlos.
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß!



Dachaulied

(Über dem Eingang zum KZ Dachau stand die Inschrift: „Arbeit macht frei.“)

Von Jura Soyfer

Stacheldraht, mit Tod geladen,
Ist um unsre Welt gespannt.
Drauf ein Himmel ohne Gnaden
Sendet Frost und Sonnenbrand.
Fern von uns sind alle Freuden,
Fern die Heimat und die Frauen,
Wenn wir stumm zur Arbeit schreiten,
Tausende im Morgengraun.

Doch wir haben die Lösung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Vor der Mündung der Gewehre
Leben wir bei Tag und Nacht.
Leben wird uns hier zur Lehre,
Schwerer, als wir's je gedacht.
Keiner mehr zählt Tag' und Wochen,
Mancher schon die Jahre nicht.
Und so viele sind zerbrochen
Und verloren ihr Gesicht.

Und wir haben die Lösung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Schlepp den Stein und zieh den Wagen,
Keine Last sei dir zu schwer.
Der du warst in fernen Tagen,
Bist du heut schon längst nicht mehr.
Stich den Spaten in die Erde,
Grab dein Mitleid tief hinein,
Und im eignen Schweiß werde
Selber du zu Stahl und Stein.

Und wir haben die Lösung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Einst wird die Sirene künden:
Auf zum letzten Zählappell!
Draußen dann, wo wir uns finden,
Bist du, Kamerad, zur Stell.
Heil wird uns die Freiheit lachen,
Vorwärts gehts mit großem Mut.
Und die Arbeit, die wir machen,
Diese Arbeit, sie wird gut.

Denn wir haben die Lösung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!



JURA SOYFER

VERDRÄNGTE JAHRE
SCHMETTERLINGE

Zu beziehen über: Eigelstein Musikproduktion, Hansaring 80, 5000 Köln 1.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 19 8 Mayıs 1981

Yıl: 15

1 DM

Schmidt ve Genscher zor durumda

NATO Kararına karşı muhalefet gelişiyor

BONN. — Bu hafta başında Roma'da başlayan NATO İlkbahar Toplantısı'nın arifesinde, ABD atom roketlerinin ülkemize yerleştirilmesini öngören NATO silahlanma kararı üzerine hükümeti oluşturan iki partinin (FDP, SPD) içinde sert tartışmalar meydana geldi. Özellikle SPD içinde yeni Amerikan atom roketlerinin Batı Almanya'ya yerleştirilmesine karşı çıkan güçler, giderek güçlenmektedirler.

NATO atom roketleri kararı, Baden-Württemberg Eyaleti'nin SPD parti kongresinde de tartışmaların ağırlık noktasını oluşturuyordu. SPD Eyalet Yönetim Kurulu'nun formüle ettiği bir karar tasarısında, 1982 yılı İlkbaharında yapılacak olan SPD Federal Parti Kongresinden, partinin atom roketleri ile ilgili tavrının ve yapılan değişikliklerin incelenmesi istenmektedir. Bu karar tasarısı, atom roketleri kararının kaldırılmasını açık olarak önermediği halde, kongrede yer alan iki Federal Bakanın (Hauff ve Offergeld) sert tepkileriyle karşılaştı. Eyalet parti kongresinin ezici çoğunluğu, bakanların bu tepkilerine karşın önerinin lehinde oy kullandı. Bakan Offergeld, bu parti kongresinde Eyalet yönetim kuruluna seçilmedi.

Bonn'daki SPD yönetim, olağanüstü sert bir şekilde Juso (SPD gençlik örgütü-Genç Sosyalistler) Federal Komisyonun

aldığı bir kararı eleştirdi. Bu kararda, yeni atom roketlerinin Batı Almanya'ya yerleştirilmesine karşı eylemlere çağrı yapılmakta ve DKP'nin Sovyet super gücüne olduğu gibi, FDP'nin büyük çoğunluğunun "super güc ABD"nin emri altına girdiği söyleniyordu.

SPD Genel Sekreteri Glotz, bu kararı "aptal" ve "tatsız" olarak nitelendirmişti. O, bir SPD üyesinin NATO kararına karşı açık olarak propaganda yapmasını işçi sınıfı hareketinin geleneklerine ters düşüğünü iddia edecek kadar ileri gidiyordu.

Burada, Glotz'ın değindiği tamamen bir başka gelenek olması gerekir. 1914 yılında SPD'nin savaş kredilerini desteklemesiyle başlayan bu gelenek, bugün Schmidt ve Appel'in doymak bilmeyen silahlanma politikasında ve ABD emperyalizminin savaş çizgisinin Bonn Hükümeti tarafından eksiksiz

olarak desteklenmesinde ifadesini bulması gerekir. SPD yönetiminin emperyalist savaş politikasının bir aracı olarak içinde göründükleri bu gelenek, işçi sınıfı hareketinin hedeflerine ihanetin geleneğinden başka bir şey değildir.

Glotz, yaptığı küfürler ve çevirdiği dolaplarla da, SPD yönetiminin bu çizgisine karşı tabanın hergün güçlenen direnişini ve savaşa karşı olan diğer güçlerin yanında, giderek artan bir biçimde eylemlere katılmasını engelleyemeyecektir. Hatta hatırlanacak bir şey daha açık bir şekilde kendini göstermektedir. Bunun en açık belirtisi; Bremen, Niedersachsen ve Schleswig-Holstein Eyaletlerinden 100'ün üzerinde Eyalet Parti delegesinin Genç Demokratların yeni atom roketlerinin yerleştirilmesine karşı bir çağrısını imzalamaları idi.

(„Opposition gegen NATO. Beschluss wächst an“ RM /Nr. 19, S. 1)

1 Mayıs 1981

Uluslararası geniş bir dayanışma

Bobby Sands ölmek üzere

BELFAST. — İki aydan fazla uzun bir süreden beri açlık grevinde bulunan Kuzey İrlandalı parlamenter Bobby Sands'ın geçen hafta sonunda her an ölmesi bekleniyordu. Açlık grevinde bulunan Bobby ve üç mücadele arkadaşı, Kuzey İrlanda halkının büyük bir desteğini almaktadırlar. Bu desteğe ve uluslararası geniş bir dayanışmaya rağmen, İngiliz işgalci güçleri bugüne kadar İRA'lı tutukluların taleplerini kabul etmeye yanaşmadılar.

İrlanda Cumhuriyet Ordusu (IRA) üyesi tutuklular, kendilerine politik tutuklu statüsünün verilmesini talep etmekte ve bu taleplerini gerçekleştirmek için ölüm pahasına uzun zamandan beri açlık grevinde bulunmaktadırlar. Bobby Sands'ın seçim zafinden sonra (Bobby, seçimlerde konservatiflerden yüzde 25 fazla oy almıştı), bu talebin bütünüyle haklı bir talep olduğu kendiliğinden anlaşılmaktadır. Buna karşın gerek İngiliz Hükümeti, gerekse de Labour Partisi bu talebi reddetmektedirler.

Gericilik, bunun yerine, Sands'ın açlık grevinde ölmesi üzerine doğabilecek protesto dalgasını kana boğmak için bütün ülke çapında gerekli önlemler almaktadır. Kuzey İrlanda'daki işgal güçlerinin ve yardımcı birliklerinin sayısı 30 binin üzeri-

rine çıkartıldı ve bu birlikler alarma geçirildi. Diğer taraftan bölgedeki her çeşit protesto eylemi haftalardan beri şiddetle baskı altına alınmaktadır.

Protestan maskesine bürünen faşistlerin, Kuzey İrlanda'da güçlenen kurtuluş mücadelesini bastırmak için İngiliz emperyalizminin yanında yer alarak, açıktan açığa silah yığını yaptıkları bir sırada, Cumhuriyet örgütlerinin yaptığı yürüyüşler silahlı saldırılara uğramaktadır. Bu durumda uluslararası dayanışma daha da güçlen-dirmek zorundadır.

IRA üyesi tutukluların talepleri kabul edilmektedir! İngiliz işgalcileri Kuzey İrlanda'dan çıkmalıdır!

(„Bobby Sands vor dem Tode“ RM /Nr. 19, S. 1)

Onbinlerce emekçi, işçi sınıfının uluslararası mücadeleye ve dayanışma gününde Batı Almanya'nın pek çok şehrinde işsizliğe, savaşa tehlikesine ve gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı yürüdü. 1 Mayıs'ın ağırlık noktasını oluşturan, DGB yönetiminin sosyal ortaklık çizgisinden kaynaklanan çözümler değil, işçi sınıfının sınıf mücadelecisi şiarları ve anti-faşist ve anti-militarist hareketin talepleri idi.

Bu yılki 1 Mayıs'ta göze çarpan, pek çok küçük ve orta büyüklükteki şehirlerde yapılan 1 Mayıs yürüyüşlerinin geçen yıllara karşın daha da kalabalık geçmesiydi. Bu, 1 Mayıs yürüyüşleri ve devrimci geleneğinin bugün yeniden güç kazandığını ve genişlediğini göstermektedir.

Bu yılki 1 Mayıs eylemlerinde, eylemlere katılanlar ile mitinglerdeki resmi konuşmaları yapan sendika ağaları ve politikacılar arasındaki uçurumun giderek açıldığı her yerde açıkça görülmüyordu. Sendika ağaları, çoğunlukla pek az alkış toplayabildiler. Yürüyüşçüler, megafonlarla yaptığı konuşmalarla



Yüzde 7,2 ücret zammı Ticaret, Banka ve Sigorta emekçileri sendikası HBV, bankalarda çalışan 350 bin emekçi için yüzde 7,2 ücret zammı talep etmektedir. Banka kapitalistleri, fiat artışlarını denkleştiremeyen bu talebe karşın, banka emekçileriyle alay edencesine yüzde 4 "ücret zammı" önermektedirler. HBV Sendikası üyeleri bunu tartışmasız reddetmektedirler. Oberhausen şehrinde Deutsche Bank'ta çalışan memurlar, 28 Nisan günü uyarı grevine giderek, ücretlerinin korunması için mücadeleye hazır olduklarını belirttiler.

Sendika ağaları ücret mücadelesini frenledi

IGM yönetimi gerçek ücretlerin düşürülmesini onaylıyor işverenlerin provokasyonları devam ediyor

FRANKFURT. — IG Metall sendika ağaları, gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı oluşan sendikal mücadele cephesine kahpece büyük bir darbe vurdular. Baden-Württemberg Eyaletinde metal sanayiinde çalışan işçiler için yüzde 4,9 ücret zammıyla ilk ihanet anlaşmasını imzaladılar. Yüzde 4,9 işverenlerin ücret politikası stratejisinde hesaplanan ücret zammından biraz daha yüksek olmakla beraber, bu oran fiyat artışlarının çok daha gerisinde kalmaktadır.

IGM Merkez Yönetim Kurulu, Stuttgart IGM bölge başkanının da desteğini alarak, son anda toplu sözleşme görüşmelerinin bütünüyle kesilmesini engelleyebildi. Ve Stuttgart bölge başkanı Steinkühler, acil fren yaparak IGM Merkez Yönetimi'nin yardımına koştu. Eğer, bu bölgede de görüşmeler son verilmiş olsaydı, Batı Almanya, bugüne kadar tarihinde görmediği bir grev yaşayacaktı. Böyle bir grevde, mücadele cephesinde yeralan sadece milyonlarca metal işçisi olmayacaktı. DGB'nin diğer sendikalarından işçiler ve memurlar da, bu grevi kendi grevleriymiş gibi görecektik ve destekleyeceklerdi.

Bu yılki ücret mücadelesinde söz konusu olan, ücretlerin şu veya bu oranda, binde bir veya iki oranında yükseltilmesi değildir. Bugün söz konusu olan, işveren Birliklerinin sendikal harekete karşı giriştiği saldırılardır. Onlar, ücret politikası cephesinde sendikal hareketi yıpratıp, içinde bulunduğumuz yılda ve gelecek yıllarda işçilerin gerçek ücretlerini düşürmek için, hatta gelecek yıllarda işçilerin ücret zammından bütünüyle vazgeçmesi için amansız bir biçimde saldırmaktadırlar.

Metal kapitalistlerinin inanılmaz provokatif tavrı ve

açıklamaları bunu açıkça ortaya koymaktadır. Onlar, Baden-Württemberg Eyaleti için imzalanan ve ücretlerin yağmalanmasını getiren toplu sözleşme anlaşmasını diğer bölgeler için kabul etmek istemektedirler. Çünkü, fiyat artışlarının çok daha gerisinde kalan yüzde 5 ücret zammı, onlar için henüz yüksek bir rakamdır.

Eğer, IGM Yönetimi, sendika tabanının mücadele kararlılığını elinin tersiyle itip, kapitalistlerle uzlaşmaya gitmemiş olsaydı, Metal İşverenler örgütü Gesamtmetall de bu gibi tavırlar takınmaya cesaret edemezdi. IGM sendika ağaları, aynen patronlar gibi, işçi sınıfının gücünden korkmaktadırlar. Baden-Württemberg Eyaleti için imzaladıkları bu anlaşmayı onlar, diğer bölgeler için de kabul edip, işçilerin gerçek ücretlerinin düşürülmesinde patronların yanında yeralacaklardır. Sendika ağalarının işçilere getireceği tek şey ihanettir.

(„IGM-Führung akzeptiert Reallohnabbau“ RM/ Nr. 19, S. 1)

Yürüyüşler mücadelecisi geçti

Schmidt ve Vetter'in konuşmaları protestolarla kesildi

ve attığı sloganlarla konuşmacılara olan güvensizliklerini sık sık dile getiriyorlardı.

DGB'nin merkezi mitingi Duisburg'da yapıldı. Miting'de konuşma yapan Schmidt güçlü protestolarla karşılaştı ve konuşmasının büyük bir kısmı ısıklarla ve sloganlarla kesildi. DGB Başkanı Vetter'in konuşmasında mitinge katılanların bir bölümünün protesto açıklamalarıyla karşılaştı.

KPD, işletmelerde, sendikalarda ve 1 Mayıs yürüyüşlerini hazırlama komitelerindeki çok yönlü girişimiyle, 1 Mayıs yürüyüşlerinde işçi sınıfının taleple-

rinin ve hedeflerinin güçlü bir şekilde dile getirilmesinde önemli bir katkıda bulundu. (Geniş haber ve resimler 2. sayfamızda. 1 Mayıs'tan diğer re-

simler Almanca4. Ve 5. sayfa-da)

(„Kämpferische Demonstrationen in vielen Städten“ RM /Nr. 19, S. 1)



1 Mayıs Kiel yürüyüşü



Dortmund

Onbinler sınıf mücadeleciler sloganlarla yürüdü

1 Mayıs yürüyüşleri işçilerin talepleri ışığında geçti

DGB'nin sosyal ortaklık çizgisi teşhir edildi

Bu yılın 1 Mayıs'ında Batı Almanya ve Batı Berlin'de yüzbinin üzerinde işçi ve emekçi, sermayenin ve gericiğin saldırılarına karşı taleplerini dile getiren sloganlarla ve pankartlarla yürüdüler. DGB sendika ağalarının istediği gibi 1 Mayıs eylemlerinin ağırlık noktasını sosyal ortaklık çizgisi ve yönetime katılma dolandırıcılığı teşkil etmedi. Aksine, 1 Mayıs'ta işçi sınıfının ve sendikal hareketin somut mücadele talepleri dile getirildi; sömür, baskı, silahlanma ve sosyal hakların kısıtlanması sert bir biçimde protesto edildi. 1 Mayıs'ta işyerlerinin tahrip edilmesi, büyüyen savaş tehlikesi ve gerçek ücretlerin düşürülmesi sorunu ön planda yer aldı. Aktif sendikacılar ve mücadeleciler gençlik, bu 1 Mayıs'ta işçi sınıfı ve sendikal hareketin sermayeye ve gericiğe karşı mücadelesinde kendi sınıf çıkarılarının ne şekilde savunulacağını açıkça görebildiklerini vurguladılar.



Hannover



Frankfurt

"İşyerlerinin tahrip edilmesi" : atılan sloganlarda ve taşınan pankartlarda en çok göze çarpan terim bu idi. Bu 1 Mayıs, bazı bölgelerde bütünüyle tekel kapitalistlerinin işyerlerini kapatma planları ve rasyonalizasyon terörüne karşı duyulan kin ve direnmenin etkisi altında geçti. Örneğin; Hagen'de demir-çelik işçileri 2000 kişilik bir kitle ile 1 Mayıs günü Krupp patronlarının 5000 işyerini tahrip etme planlarına karşı yürüdü. Aynı şekilde Siegen'de 500 demir-çelik işçisi Krupp ve Hoesch patronlarının bu bölgede işyerlerini tahrip etmesini protesto ettiler.

Dortmund'daki 1 Mayıs yürüyüşünde Hoesch-Estel patronlarının Dortmund'da demir-çelik üretimini yoketme planları sert bir şekilde protesto edildi ve yeni bir çelik işletmesinin yapımı daha güçlü bir şekilde vurgulandı.

Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi de pratik olarak bu 1 Mayıs yürüyüşünde en ön sıralarda yer alıyordu. Sık sık değinilen bir sorun da, işsizlik ve özellikle genç işsizlerin sayısındaki yüksek artış ve çiraklık öğrenimi yapılacak işyerlerindeki büyük eksiklik idi.

Yürüyüşlerde atılan sloganların ve ileri sürülen taleplerin ikinci ağırlık noktası, büyüyen savaş tehlikesi, Bonn'un silahlanma politikası ve iki süper gücün savaş kışkırtıcı rolleri ile ilgili idi. Hemen hemen her yürüyüşte NATO'nun yeniden silahlanma kararı protesto edildi ve yeni ABD atom roketlerinin ülkemize ve Avrupa'nın diğer ülkelerine yerleştirilmesine karşı direnmenin propagandası yapıldı.

1 Mayıs yürüyüşlerinin konularından birisi de, kapitalistlerin ücretlerimize karşı yönelttiği saldırılar ve bu yılki ücret mücadelesi idi. Yürüyüşlerde, IG Metall ve DGB'nin toplu sözleşmelerde takındığı tavırlar ve giriştiği ihanetler sürekli olarak protesto edildi ve sendikal taleplerin bütünüyle alınması istendi.

Gençlik, bu yılki 1 Mayıs eylemlerine de güçlü bir şekilde katıldı. Gençliğin yanı sıra, yabancı işçi arkadaşlar da bu eylemlere aktif bir şekilde katıldılar. Her yerde yabancı ve Alman işçilerinin sermayeye ve sömürüye karşı bir tek mücadele cephesinde birleşmeleri sloganlarla ve yürüyüşlerde taşınan pankartlarla vurgulandı. "Alman ve yabancı işçiler bir tek mücadele cephesine", bu sık sık atılan sloganlardan biriydi.

1 Mayıs yürüyüşlerine yabancı işçiler arasında en kalabalık biçimde katılanlar, geçen yıllarda olduğu gibi Türkiye'den gelenler idi. 1 Mayıs yürüyüşlerinin yasaklandığı, bütün demokratik hakların bütünüyle yok edildiği ve askeri faşist bir rejimin hüküm sürdüğü bir ülkenin emekçileri olarak Alman sınıf kardeşleriyle beraber faşist cuntayı ve onu her yönüyle destekleyen Batı Alman devletini ve NATO'yu teşhir ettiler.

Partimiz bu yılki 1 Mayıs eylemlerinin mücadeleciler bir hava içinde geçmesine önemli bir katkıda bulundu. Partimizden yoldaşlar, işletmelerde ve sendikalarda diğer işçiler ve aktif sendikacılarla biraraya gelerek bu 1 Mayıs'ın politikacıların günü haline gelmesini ve sendika ağalarının mitinglerde sosyal ortaklık çizgisi doğrultusunda bir propaganda yapmalarını engellemek için çaba gösterdiler. Ve işçi sınıfının acil taleplerinin 1 Mayıs eylemlerinin içeriğini teşkil etmesini belirttiler. Bir kaç yerde, örneğin Kiel'de Partili yoldaşların yanı sıra, sınıf bilinçli diğer işçiler ve RGO'lu işçiler biraraya gelerek, bu yılki 1 Mayıs'ta yürüyüş yapılması için sendika ağalarına baskı yaptılar ve bunun sonucu yıllardan beri ilk defa Kiel'de 1 Mayıs yürüyüşü yapıldı.

Bu yılki 1 Mayıs'ta da Partimizin pankartlarını ve bayrağını sık sık görmek mümkündür. KPD'nin temel sloganı "Herkes iş! Barış! Sosyalizm!" idi. Partimiz işçi sınıfının acil sorunlarını doğru bir şekilde tespit etmiş ve aynı zamanda bunları sosyalizmin büyük perspektifleriyle düğümlemişti.

1 Mayıs'tan önce Partimiz bir dizi şehirde 1 Mayıs toplantıları düzenledi. Bu toplantılarda 1 Mayıs'ın önemi vurgulandı ve günümüzde işçi sınıfı hareketinin acil görevleri üzerine duruldu.

Yaşasın 1 Mayıs, işçi sınıfının uluslararası mücadele günü!

(„Maidemonstrationen im Zeichen der Forderungen der Arbeiterklasse“ RM/Nr. 19, S. 1)

Senatonun onayı ve polisin koruyuculuğu altında

Faşist Cuntaya bağlılık yürüyüşü

BERLIN(Halk Muhabiri). — Geçen hafta Cuma günü Türk faşistleri Batı Berlin'de bugüne kadarki en büyük gövde gösterilerini yaptılar. Diğerlerinin yanı sıra faşist MHP ve AP temsilcileri, İslam Kültür Merkezleri ve eski kültür ataşesi Erdoğan Cıkvar, Türkiye'deki askeri rejime bağlılık yürüyüşüne çağrı yapmışlardı.

Bu çağrıya uyan 15 000 Türk yürüyüşe katıldı. Onlar, Batı Berlin Polisi'nin en ufak bir engellemesiyle karşılaşmadan, Kurfürstendamm üzerinden Türk Başkonsolosluğuna kadar yürüyebilmişlerdi. Ve şu sloganlarla: "Türk Ordusu-Türk milleti, Türk Milleti-Askeri Yönetim", "Müslüman Türklerin görevi komünizmi ezmektir."

Ama, faşistlerin yürüyüşü Türkiye'de Alman anti-faşistlerinin engellemeleriyle karşılaştı. Alternatif Listesi, ev işgalcileri, Türkiye'de örgütler, KPD ve Halk Cephesi'nden oluşan bir birlik, faşistlerin yürüyüşüne geçeceği alanda karşı miting gerçekleştirmeye çağrı yaptı. Bu eyleme yaklaşık 500 anti-faşist katıldı.

Oldukça fazla sayıda polisin harekete geçirilmesi, faşistlerin yürüyüşünün her şart altında korunacağını açıkça gösteriyordu.

Federal Almanya Cumhuriyeti, Türkiye'deki askeri rejimle olan iyi ilişkilerine büyük bir önem vermektedir. Türkiye, NATO için önemli bir ülkedir.

sürüklendiler. Polis, özellikle, yürüyüşe katılın katılmasın rastgele bir şekilde Türkiye'ye avına girişti.

Arabalardan fırlayan polis saldırı birlikleri, yürüyüşe katıldığını tahmin ettikleri herkesi aradılar. — aynen kriminal filmlerde gördüğümüz gibi, yürüyüşçülerini arkası dönük olarak duvara dayadılar ve aradılar—

Bir anti-faşistin yaralanmasından ötürü sadece bir faşistin tutuklandığına hayret etmemek gerekir. Buna karşın, taş atıkları söylenen iki anti-faşist tutuklandı. Ve bu iki anti-faşist şimdi sınır dışı edilmek isteniyor.

Anti-faşistlerin sınır dışı edilmesine hayır!

Faşistler öldürmeye teşebbüs suçundan cezalandırılmalıdır! Faşistlere yürüyüş özgürlüğü tanınmamalıdır!

Tüm Alman ve yabancı faşist örgütler yasaklanmalıdır!

Yürüyüşten sonra da protesto açıklamaları yapıldı. Batı Berlin GEW'nin (Öğretmenler Sendikası) Eyalet temsilcileri toplantısında bir karar alındı.



Faşist cuntaya bağlılık yürüyüşü

Ve burada sadece Türk faşistleri yürümek istememişti, Türk Başkonsolosluğunda bu yürüyüşü desteklemişti.

Miting alanında faşistlere karşı "Kahrolsun Faşizm", "Türkiye'ye askeri yardıma son" ve diğer sloganları attıktan sonra, Ku'damm üzerinden Başkonsolosluğa doğru yürüyüşe geçme kararı aldık.

Türk faşistlerinin taş atmasını bütünüyle görmemizden gelen polis, anti-faşistlerin atılan taşları geri atmalarını bahane ederek, vahşi bir şekilde saldırıya geçti.

Buna rağmen, bir yürüyüş konvoyu oluşturarak, tekrar Ku'damm üzerinden yürümeyi başardık ve çevredeki halka yürüyüşün amacı hakkında bilgi verdik. Ama, polis tahmin edildiği gibi, faşist cuntaya karşı anti-faşistlerin düzenlediği yürüyüşü dağıtmaya çalıştı. Saldırıdan kaçıp, kahlara sığınan yürüyüşçüler, polis tarafından saçlarından çekilerek, dışarıya

Bu karar, iki tarafsız oya karşın, toplantıya katılan 400 kişi tarafından (karşı oy kullanılmadan) kabul edildi. Tutuklanan anti-faşistlerin serbest bırakılmasının talep edildiği kararda diğer şeylerin yanı sıra şunlar yer almaktadır:

"Berlin GEW, Türkiye'deki faşist cuntayı desteklemek amacıyla düzenlenen toplantıları ve 25.4.81'de yapılan yürüyüşü protesto etmektedir."

Berlin GEW, özellikle, bu gibi toplantılara mücadele eden Berlin Senatosu'nu eleştirmektedir. (...) Berlin GEW, polis arabalarının Kreuzberg'de dolaşarak, Türkçe olarak anons yapıp, aşırı sağ yürüyüşün yasaklanmadığını bildirmesini; bu inanılmaz olayı protesto etmektedir. Bununla kapalı da olsa yürüyüşe çağrı yapılmıştır."

Bozkurtların görevlileri sınır dışı edilmelidir!

Cuntaya yapılan askeri, mali ve ekonomik yardımlara son verilmelidir!

Bozkurtlar yasaklanmalıdır! („Bewaffneter Aufmarsch türkische Faschisten“ RM/Nr. 19, S. 6)

Krupp demir-çelik işçileri eylemde

5 000 işçi işten atılmak isteniyor

Kapitalistler rasyonalizasyon seferlerini ilerletiyor

HAGEN. — Krupp-Stahlwerke Südwestfalen fabrikasından 3 000 demir-çelik işçisi ve Hagen halkından büyük bir kitle, 24 Nisan günü güçlü bir yürüyüşle Krupp yönetim kurulunun yeni planlarını protesto ettiler: Krupp demir-çelik işletmelerinde 5 000 işyeri tahrip edilmek istenmektedir. Bu planların gerçekleşmesi sonucu, bölge halkının yaşamında olumsuz yönde büyük bir etkilenme olacaktır.

Sadece Dortmund'daki Hoesch demir-çelik işletmelerinde binlerce işçi demir-çelik tekelileri arasındaki uluslararası rekâbet mücadelesinin kurbanı olarak sokağa atılmak istenmektedir. Bugün Krupp da dahi, bir çok demir-çelik işletmelerinde onbinlerce işçi sokağa atılmakla tehdit edilmektedir.

Krupp patronları, profil çelik üretiminde büyük ölçüde kısıtlama yapma çabasıdadırlar. Diğer taraftan ise, yassı demir yapımı ve yüksek kaliteli arıtılmış çelik üretimi için 1980 yılına kadar 500 milyon DM yatırımla, üretim tekniği geliştirmek ve üretilen malın miktarını artırmak istenmektedirler. Tabii ki, daha az işçile.

23 Nisan günü işçi temsilciliğine bildirilen Krupp yönetim kurulu planı, 5 000 işyerinin tahrip edilmesini öngörmektedir. Tahrip edilmek istenen işyerlerinin Krupp işletmelerine göre dağılımı şöyle: Bochum işletmesi: yaklaşık 1600 işyeri Rheinhausen işletmesi: yaklaşık 900 işyeri Hohenlimburg işletmesi: yaklaşık 36 işyeri Krupp yönetiminde : yaklaşık 460 işyeri Hagen KSW işletmelerinde: yaklaşık 2 000 işyeri

İşyerlerini büyük ölçüde tahrip etmeyi öngören bu plan, 1982 yılına kadar, yani bir yıllık kısa bir süre içinde gerçekleştirilmek istenmektedir. Krupp idare meclisi, 13 Mayıs'taki oturumunda bu planı ele alacak ve kesin karara bağlayacaktır. Ama, Krupp işçileri, bu planın uygulamaya geçirilmesine karşı susmayacak; mücadelelerini ve protestolarını daha da yükselteceklerdir. Bu durumdan en çok etkilenen bölge Hagen bölgesidir. Diğer bir demir-çelik işletmesi olan Klockner, son bir kaç yıl içinde bu bölgede 12 000 işyerini tahrip etmişti. Eğer,

Krupp patronlarının planları da gerçekleşecek olursa, bütün bölgede halkın yaşamı son derece etkilenmiş olacak.

"Hagen'de yaşam ölmeme!" (Hagen darf nicht sterben!), yürüyüşü işçilerin taşıdığı pankartlardan birinin üzerinde böyle yazıyordu. Ve haykırılan bir diğer slogan: "Anlaşmaları çiğneyenler, asıl canilerdir!" Çünkü, 17. 11. 77'de Krupp ile DGB ve IGM arasında imzalanan bir anlaşmada şöyle denilmektedir: "Üretim, bugün gerçekleştirildiği yerlerde uzun süreli devam edecektir. Bir işyerinin kaçınılmaz olarak kapatılması halinde, iki işletme de (Krupp Stahl AG ve Krupp Südwestfalen-RM) yedek işyerlerinin sağlanması için çaba gösterecektir" Ve şimdi bu çabalardan en ufak bir şekilde söz edilmemektedir. Hagen'de Krupp'un iki işletmesinin (Wehringhausen ve Vorhalle) bütünüyle kapanması gerekmektedir.

"İşyerlerimizden ellerinizi çekin!". Bu slogan Krupp işçilerinin tepkisini en açık bir biçimde dile getirmektedir. "Keyfilik

ve işyerlerinin tahrip edilmesi çıplak bir terördür — Teröristler demir parmaklıklar arasına!" Ve işçileri, eylemlerinden ötürü adı şekilde suçlayanlara, işçilerin cevabı.

Hagen Krupp işletmelerindeki işçi temsilcileri başkanları, 24 Nisan'daki bir mitingde, bugün yapılan güçlü yürüyüş "Krupp'da işyerlerinin tahrip edilmesi planlarına karşı verilecek güçlü mücadelenin bir başlangıcıdır" ve: "Personel değil, derhal alınacak önlemlerle asıl işten atılacak olan, yetersizliğinden ötürü Krupp yönetim kurulu." Mitinge katılanlar, hep beraber kabul ettikleri ortak bir açıklamayla Eyalet ve Federal Hükümet'ten, Krupp yönetimi planlarını geri almadığı takdirde, Krupp'un devletleştirilmesini talep ettiler.

Bu taleple politikacılar da sorumluluk içine çekildiğinden dolayı, gerçekten önemli bir taleptir. Ama işçiler bununla asla yetinmemeli. Dortmund'daki Hoesch işçilerinin tecrübeleri; başarılı bir mücadele için belirleyici olanın, bu taleple politikacılara gitmek değil, en kısa zamanda güçlü sendikal eylemlerin hazırlanması ve gerçekleştirilmesi olduğunu göstermektedir. Sendika, bunun için tüm gücünü harekete geçirmelidir.

(„Gegen die Vernichtung von 5 000 Arbeitsplätze“ RM/NR. 18, S. 5)



3000 demir-çelik işçisi, 24 Nisan günü Hagen'de Krupp patronlarının planlarını protesto etmişlerdi.

Karman araba firması

Muhalefet grubundan dört işçi seçildi

OSNABRÜCK. — Yaklaşık 6 000 işçinin çalıştığı Osnabrück'teki araba fabrikasında kişilik seçimi yapıldı. Daha önceden de "Roter Morgen" de yayınladığımız gibi, beş milliyetten 11 işçi arkadaş, sınıf mücadelecili bir program yaparak, muhalefet grubu olarak seçime katılmışlardı. Bu gruptan dört arkadaş şimdi işçi temsilciliğine seçildiler.

Karman gibi büyük bir fabrikada bu, gerçekten de olumlu bir başarıdır. Muhalefet grubundan işçi temsilciliğine seçilen bu arkadaşlardan üçü Alman biri İspanyol'dur. Seçim yaklaşık 4 000 oy verdi ve muhalefetten arkadaşlardan her biri 800 civarında oy aldı. Bir işçi arkadaşın gazetemize gönderdiği mektupta, işçi temsilciliği seçimleri

üzerine diğer şeylerin yanısıra şunlar yazılmaktadır:

"Seçimlerden önce muhalefet adaylarına karşı büyük bir kışkırtma kampanyası yürütüldü. Tanzim (Fertigung) bölümündeki işçiler, özellikle gerici işçi temsilcilerinin seçim afişini eline alarak, muhalefet grubundan 11 arkadaşını komünist olarak gösterdiklerini, hatta terö-

rist olarak kendilerine küfür ettiklerini anlatmaktadırlar. Bunun yanısıra, fabrikadaki tercümanlar da, yabancı arkadaşları dolandırmak için elinden gelen bütün çabaları harcadılar.

Yeni işçi temsilciliğine seçilen sınıf mücadelecili ve dürüst arkadaşlar için — ki, eski işçi temsilciliğinden seçilen bir kaç arkadaş da bunların içinde sayılabilir — gelecek yıllardaki görevlerinin yerine getirilmesi basit olmayacaktır. Ama, "altın verilecek bir ateşle", yani tabanın desteği alınarak bunlar gerçekleştirilebilir."

(„Vier Kollegen der Oppositionellen Gruppe gewalt!“ RM, Nr. 18, S. 5)

Witten-Siemens'de işçi temsilciliği seçimi

Muhalefet listesi oyların yüzde 50'sini aldı

Altısı kadın yedi arkadaş işçi temsilciliğine seçildi

WITTEN. — Witten'de Siemens işletmesinde yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde, muhalefet adaylarından oluşan "Personel Listesi" (Belegschaftsliste), büyük bir başarı kazandı. Gerici güçler tarafından oluşturulan bir sürü provokatif listeye karşın (seçime muhalefetle beraber beş liste katılmıştı), Muhalefet Listesi işçi kesiminde kullanılan oyların yüzde 50'sini aldı ve IG Metall listesini oldukça geride bıraktı.

RGO işçi temsilcisi ve KPD'li bir yoldaş olan Anette Schnoor'un öncülük ettiği "Personel Listesi", toplam 574 oy aldı. Buna karşın, şimdiye kadarki işçi temsilcisi başkanı ve kötü ünüyle tanınmış sendika ağası Rein'in başını çektiği liste, sadece 297 oy aldı.

"Personel Listesi"nde biri Türkiyeli, diğeri Yunan iki yabancı arkadaş da yer almıştı. Bu durumda listede yer alan yedi adayın yediside seçilmiş oldu. Oylamada alınan sonuca göre, muhalefet listesinden dokuz arkadaşın işçi temsilciliğini kazanması gerekirdi. Ama, listede sadece yedi aday olduğundan dolayı, geriye kalan iki işçi temsilcisi IGM listesinden seçildi. Aslında dört sandalye kazanan IGM listesi, bunun sonucu altı işçi temsilcisi aldı. Diğer üç liste-

de, birer işçi temsilcisi kazandı.

"Personel Listesi"nin kazandığı başarı, beklenenin daha da üstünde oldu. "Roter Morgen"ın 10 /81 sayısında "Personel Listesi"nin seçimlerdeki adaylığı üzerine şunları belirtmiş-tik:

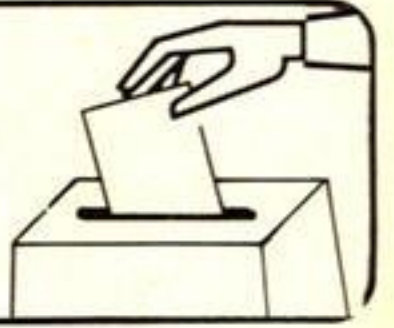
"Şimdi işçi kesiminde biribirine karşı adaylığını gösteren beş liste mevcuttur. Eğer, bu kadar liste seçime katılmış olmasaydı, "Personel Listesi"nde yer alan adayların hepsi de

seçilme şansına sahip olabilirdi ve sendika ağası Rein işçi temsilciliği başkanlığından düşürülebilirdi. Rein'in düşürülmesi için toplam oyların yüzde 45'i gereklidir ki, beş listenin katıldığı bir seçimde bu, oldukça yüksek bir rakamdır."

Ve şimdi ise, oyların yüzde 45'i değil yüzde 50'i! Bu, Siemens'de çalışan işçilerin büyük çoğunluğunun gerici Rein kliğine en açık bir cevabıdır. Ama, Rein'in işçi temsilciliği başkanlığından düşürülmesi bununla da gerçekleşmiş değildir. Seçmenlerin vermiş olduğu karar dikkate alınmadan bu sendika ağası, diğer listelerin ve işçi temsilciliğindeki memur temsilcilerinin desteğini alarak, bir ihtimal yeniden işçi temsilciliği başkanlığına gelebilir.

(„50 Prozent für die Oppositionellen Liste!“ RM/Nr. 19, S. 5)

'81 işçi temsilciliği seçimleri



Andre Werk Königsutter (sigara fabrikası)

Türkiyeli iki kadın işçi temsilciliğine seçildi

Muhalefet listesi oyların dörttebirinden fazlasını aldı

HELMSTEDT. — Türkiyeli dört kadın işçi, Helmstedt-Süplingen'deki Andre Werk Königsutter sigara fabrikasında yapılan işçi temsilciliği seçimlerine "Kadınlar İşçi Temsilciliğine" adlı muhalefet listesiyle katıldılar. Bu listeden iki kadın arkadaş işçi temsilciliğine seçildi. Liste de yer alan adaylar, işçilerin ekonomik ve sosyal haklarını savunan bir program oluşturdular.

Sigara fabrikasındaki işçi temsilciliği seçimlerine NGG (Gıda İşçileri Sendikası) listesi ve "Kadınlar İşçi Temsilciliğine" adındaki muhalefet listesi katıldı. 370 kişilik personelden 292'si oy kullandı. Bu oylardan NGG listesi 197'sini, "Kadınlar İşçi Temsilciliğine" listesi 81'ni aldı. 14 oy geçersiz sayıldı.

Bu sonuç, muhalefet listesi için önemli bir başarıdır. Muhalefet listesinin başı Fatma Ay, ilkönce NGG listesinden adaylığını koymuştu. Ama, patron seçimlerden kısa bir zaman önce Fatma'nın çıkışını vermişti. Fatma arkadaşın çıkışı işçi temsilciliği başkanı Manfred Buchwald tarafından da desteklenmiş ve NGG listesinden silinmişti.

Patronun ve sendika ağalarının bu çabaları Fatma arkadaşın mücadelesinden yıldırmadı. O, diğer üç arkadaşla birleşerek bir muhalefet listesi oluşturdu. Çıkışının verilmesine karşı derhal iş mahkemesinde dava açtığından dolayı, işçi temsilciliğine adaylığını koyması da hukuken mümkündür. Fatma'nın yeniden işe alınması için işçi arkadaşlar büyük bir destek göstermektedirler.

"Kadınlar İşçi Temsilciliğine" listesinin mücadele programında sıralanan taleplerden bazıları şunlardır:

Akört düşürülmelidir!

Kadın işçiler yüksek ücret

grubuna tabi tutulmalıdır.

İşin ve iş yerinin değiştirilmesinde ücret grubu aynı kalmalı

Yıkanma ve elbise değiştirmek için ayrı zaman verilmelidir.

Makinaların bakımı ve tamiri için daha fazla tesviyeci işe alınmalıdır!

Hastalık yüzünden işten atılmaları son!

Çocuk sahibi kadınlar için daha fazla iş garantisi.

İşçilerin ev doktorunda muayene olma istemleri engellenmemeli.

Hastalık yüzünden işçilere

"işyeri değiştirme cezası" verilmemeli.

Daha fazla izin parası!

Daha fazla Weihnacht parası! Muhalefet listesinden işçi arkadaşların ileri sürdüğü bu talepler, bize bu işyerinde işçilerin ne derece kötü koşullar altında çalıştığını ve fabrikada uygulanan sömürü yöntemlerini göstermektedir. Sınıf mücadeleciler arkadaşların işçi temsilciliğine seçilmesi, bu ağır koşullar altında çalışmaya karşı mücadelede; sendika ağalarına ve patronlara karşı mücadelede ileri bir adımdır. Bugüne kadar işçi temsilcileri başkanı olan Buchwald, bu ağır koşullara karşı mücadele vermediği gibi, patronun yanında yer aldı. Bundan böyle bu işyerinde de işçiler gerçek temsilcilerinin kimler olduğunu öğrenmiş olacaklar.

(„Oppositionelle Liste erhielt mehr als ein Viertel der Stimmen“ RM/Nr. 18, S. 5)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingerhof Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.